

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Volks-Kalender

1909

[urn:nbn:de:bsz:31-336850](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-336850)

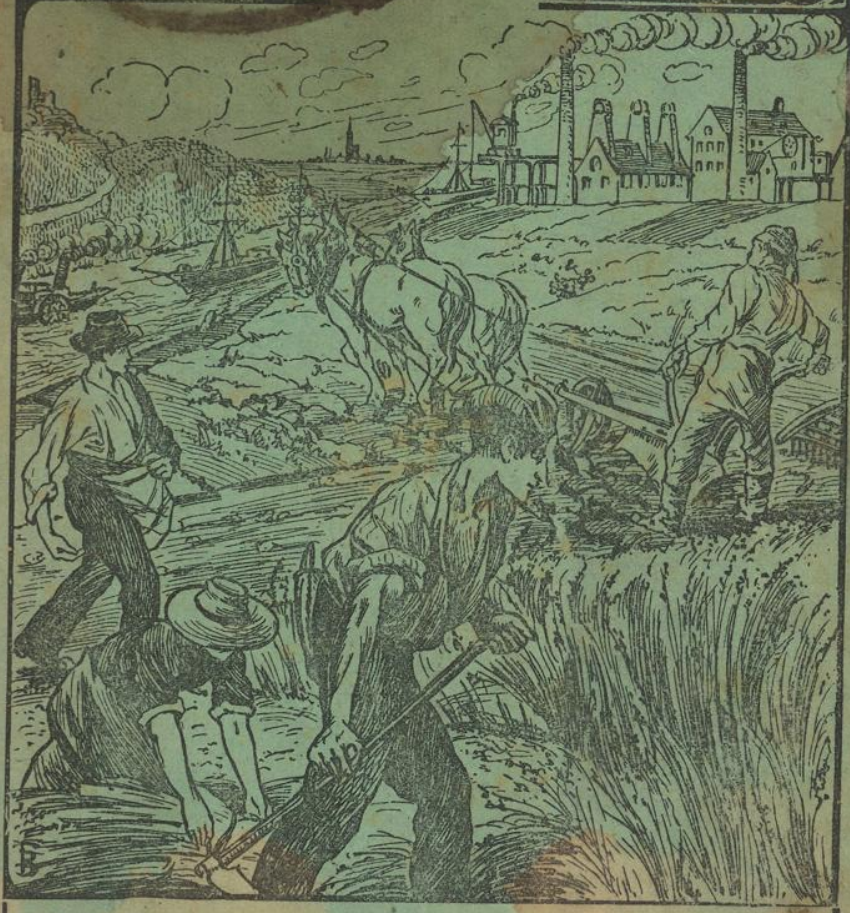
OZ

B 833,
1909



0213 833, 1909

Badischer Volks-Kalender 1909



Verlag: Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens.
Druck: Geck & Co., Karlsruhe.

alk.

02B 833 / 1909

Posttarif.

Briefe, Drucksachen, Warenproben.

Briefe im Gewichte bis 20 g frankiert 10 Pf., unfrankiert 20 Pf., von 20—250 g 20 Pf., unfrankiert 30 Pf.
 Briefe im Orts- und Landbestellbezirk bis 250 g frankiert 5 Pf., unfrankiert 10 Pf.
 Postkarten 5 Pf., mit bezahlter Antwort 10 Pf.
 Drucksachen im Gewichte bis 50 g 3 Pf., über 50—100 g 5 Pf., über 100—250 g 10 Pf., über 250—500 g 20 Pf., über 500—1000 g 30 Pf.
 Warenproben im Gewichte bis 250 g 10 Pf. Einschreibgebühr 20 Pf.
 Das Silbersteigeld für jede Sendung beträgt: nach Postorten 25 Pf., nach Orten ohne Postanstalt nach Vorausbezahlung 60 Pf.

Wertbriefe.

(Wertangabe unbeschränkt.)
 Bis 10 geogr. Meilen 20 Pf., über 10 Meilen 40 Pf., ohne Unterschied des Gewichtes. Versicherungsgebühr: 5 Pf. für je 300 Mk. oder einen Teil von 300 Mk., mindestens 10 Pf.

Postanweisungen.

(Reisbeitrag 800 Mk.)
 Porto bis 5 Mk. 10 Pf., über 5—100 Mk. 20 Pf., über 100—200 Mk. 30 Pf., über 200—400 Mk. 40 Pf., über 400—600 Mk. 50 Pf., über 600—800 Mk. 60 Pf.

Patete.

1. bis zum Gewichte von 5 kg; bis 10 geogr. Meilen 25 Pf., auf weitere Entfernungen 50 Pf.
 — 2. für jedes weitere kg bis 10 M. I. Zone mehr 5 Pf., über 10—20 M. II. Zone 10 Pf., über 20—50 M. III. Zone 20 Pf., über 50—100 M. IV. Zone 30 Pf., über 100—150 M. V. Zone 40 Pf., über 150 M. VI. Zone 50 Pf.
 Wertpatete: Porto wie für Patete ohne Wert. Versicherungsgebühr wie für Wertbriefe.

Eisenbahntarif.

Das Fahrgehalt für eine zurückzulegende Fahrstrecke wird berechnet, indem man die Zahl der Kilometer mit dem Einheitspreis der gewünschten Wagenklasse multipliziert, die erhaltene Summe auf volle 5 oder 10 Pf. aufrundet und die Fahrkartensteuer hinzurechnet.

Einheitspreis für 1 km in Personenzügen und zuschlagfreien Sitzzügen.
 1. Kl. 7,0 Pf., 2. Kl. 4,5 Pf., 3. Kl. 3,0 Pf. (in Baden u. Bayern Kl. 3a in Sitzzügen).
 4. Kl. 2,0 Pf. (in Baden u. Bayern Kl. 3b in Personenzügen).
 Feste Schnellzugzuschläge für 1—75 km (Zone 1) 50 Pf. für 1. und 2. Kl., 25 Pf. für 3. Kl.; für 76—150 km (Zone 2) 1 M. für 1. u. 2. Kl., 50 Pf. für 3. Kl.; für über 150 km (Zone 3) 2 M. für 1. u. 2. Kl., 1 M. für 3. Kl.

Fahrkartensteuer wird in Baden und Bayern für Fahrkarten der Klasse 3b und im übrigen Deutschland für Fahrkarten der 4. Klasse nicht erhoben. Im übrigen beträgt die Fahrkartensteuer

bei einem Fahrpreise von:	in 3.	2.	1. Wagenkl.:
0,60 Mk. bis 2 Mk.	5 Pf.	10 Pf.	20 Pf.
mehr als 2 " "	5 " "	10 " "	20 " "
" " 5 " "	10 " "	20 " "	40 " "
" " 10 " "	20 " "	40 " "	80 " "
" " 20 " "	30 " "	60 " "	120 " "
" " 30 " "	40 " "	90 " "	180 " "
" " 40 " "	50 " "	140 " "	270 " "
" " 50 " "	200 " "	400 " "	800 " "

Für die Kinderarten ist die Hälfte der 1. den vollen Fahrpreis festgesetzt. Stempelabgabe, mindestens jedoch 5 Pf. zu entrichten.
 Befreit sind 1. die Militär-, Schüler u. Arbeiterfahrkarten, 2. Fahrkarten der 3. Wagenklasse, soweit im Eisenbahnverkehr eine 4. Wagenklasse nicht geführt wird, u. der Fahrpreis der 3. Wagenklasse den Satz von 2 Pf. für das Kilometer nicht übersteigt.

Maß und Gewicht.

1. Längenmaß. Die Einheit bildet das Meter (m). Der hundertste Teil des Meters heißt Centimeter (cm). Der tausendste Teil des Meters heißt das Millimeter (mm). Tausend Meter heißen das Kilometer (km). — 2. Flächenmaß. Die Einheit bildet das Quadratmeter (qm) oder der Quadrastab. Hundert Quadratmeter bilden 1 Ar (a). Hundert Ar bilden 1 Hektar (ha). Hundert Hektar bilden 1 Quadratkilometer (qkm). — 3. Körper- oder Hohlmaß. Die Einheit ist das Liter (l). Das halbe Liter heißt der Schoppen. Fünfzig Liter sind 1 Scheffel. Hundert Liter bilden das Hektoliter (hl). Tausend Liter sind 1 Kubikmeter (cbm). — 4. Gewicht. Die Einheit ist das Gramm (g). Tausend Gramm bilden 1 Kilogramm (kg) = 2 Pfd. Ein halbes Kilogramm heißt das Pfund. Fünfzig Kilogramm oder 100 Pfund bilden 1 Zentner (Ztr.). Tausend Kilogramm oder 2000 Pfund bilden 1 Tonne (t).

Postaufträge.

Reisbeitrag eines Postauftrages im deutschen Reichspostgebiete 800 Mk. Porto 30 Pf.

Postnahmen

sind bis zu 800 Mk. bei Briefen, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Pateten zulässig. Es kommt zur Erhebung: 1) das übliche Porto; 2) eine Vorzeigebühr von 10 Pf.; 3) die Gebühr für Uebermittlung des Betrages wie bei Postanweisungen.

Bestellgeld.

Postanweisungen 5 Pf., Wertbriefe bis 150 Mk. 5 Pf., bis 3000 Mk. 10 Pf., Patete 5—20 Pf.; im Landbestellbezirk: Wertbriefe und Patete bis 400 Mk. und 2½ kg Gewicht sowie Postanweisungen 10 Pf.; Patete über 2½—5 kg 20 Pf. Bestellgeld kann vom Absender mit Briefmarken bezahlt werden, dann ist zu bemerken: „frei einschließlich Bestellgeld“. Silberanweisungen 60—90 Pf.

Soldatenbriefe.

An Militärpersonen (non Feldweibel abwärts) gerichtete Postsendungen, welche außer der Adresse der Bernertragen: „Soldatenbrief. Eigene Angelegenheit des Empfängers“, genießen folgende Vergünstigungen:

1. Postkarten und gewöhnliche Briefe bis 60 g sind portofrei;
2. Postanweisungen bis 15 Mk. kosten 10 Pf.
3. Patete ohne Wertangabe bis 3 kg kosten 20 Pf.

Telegramme.

Das Wort 5 Pf. Die Länge eines Wortes ist auf 15 Buchstaben oder auf 5 Ziffern festgelegt. Als Mindestbetrag für ein gewöhnliches Telegramm werden erhoben 50 Pf.

20

Dennoch.

Von Robert Seidel-Zürich.

Noch ist die Freiheit nicht gestiegen
Von ihrem hohen Alpenzelt
Hinab, wo weite Reiche liegen
Erdrückend auf der flachen Welt;
Noch thront sie hoch auf Bergesstirnen
Und stützt auf Alpen ihren Fuß
Und sendet von den stolzen Firnen
Hinab ins Land nur flücht'gen Gruß.

Noch rauschen nicht des Rheines Wellen
In einem freien deutschen Reich,
Noch netzen nicht des Innes Quellen
Ein einig freies Oesterreich;
Noch fällt vom Gotthard nicht der Regen
Hinab zur freien Lombardei,
Noch mangelt unserm Stern Dein Segen
Die Zauberformel: Gleich und frei.

Noch starrt die ganze Welt in Waffen
So grauenvoll, wie nie zuvor,
Noch scheint zum Schlachtfeld sie geschaffen
Und nicht zum bunten Blütenflor;
Noch tobt der Krieg mit seinem Schrecken
Und treibt den Segen aus dem Land,
Und drückt dem fleiß den Bettelstecken,
Dem Raub ein Szepter in die Hand.

Und dennoch glauben wir an Frieden
Und an der Freiheit Königtum,
Und hoffen, daß der Sieg beschieden
Der Wahrheit und dem Menschentum;
Doch glauben wir nicht nur und hoffen —
Wir wirken auch für Recht und Brot
Und kämpfen, bis ins Herz getroffen
Uns hat der Meisterschütze Tod.





1909	Katholischer Januar	Protestantischer Januar
1 F.	Neujahr	Neujahr
2 G.	Martianus	Abel
3 G.	2. S. n. W.	2. S. n. W.
4 M.	Titus	Elias
5 D.	Teleph.	Simeon
6 M.	Sl. 3 Könige	Sl. 3 Könige
7 D.	Lucianus	Isidorus
8 F.	Sererin.	Erhardus
9 G.	Martial.	Iustianus
10 G.	1. S. n. Ep.	1. S. n. Ep.
11 M.	Hyginus	Gerfon
12 D.	Emelius	Reinhold
13 M.	Silarius	20. Tag
14 D.	Priester	Felix
15 F.	Sabatut	Maurus
16 G.	Simonich	Marcellus
17 G.	2. S. n. Ep.	2. S. n. Ep.
18 M.	Wilf. iede	Priska
19 D.	Sara	Martha
20 M.	Fab. u. Seb.	Fab. u. Seb.
21 D.	Meinrad	Agnes
22 F.	Anastafius	Vinzenz
23 G.	Naim.	Eme. entia
24 G.	3. S. n. Ep.	3. S. n. Ep.
25 M.	Poppo	Pauli. Bel.
26 D.	Pauline	Polharp.
27 M.	Joh. Chryf.	Joh. Chryf.
28 D.	Karoline	Karl
29 F.	Franz	Valer.
30 G.	Martina	Abelgunde
31 G.	4. S. n. Ep.	4. S. n. Ep.

Politische Rundschau. Deutschland.

In der deutschen Politik hat sich das unerfreuliche Bild, das wir im letzten Jahre zeichnen mußten, nicht gebessert. Noch immer steht Deutschland unter der Herrschaft des **Bülowblocks**. Eine Zeitlang, in den Hochsommertagen 1907, schien es, als sollten der Blockpolitik, deren Unfruchtbarkeit von der Sozialdemokratie stets behauptet worden war, doch einige Erfolge beschieden sein. Ei er nach dem Andern von den Blockhüptlingen trat die Wallfahrt nach Norderny an, und nach der Rückkehr der Herren, insbesondere der Blockbrüder von der liberalen und linksliberalen Seite, waren Wunderdinge zu vernehmen über die Zusicherungen, die Fürst Bülow gegeben habe. Nicht nur in der Frage des Börsengesetzes, des Reichsvereinsgesetzes und der so notwendigen Reichsfinanz-Reform, sondern sogar in der preussischen Wahlrechtsfrage sollte Bülow dem Liberalismus zur Belohnung seiner Blocktreue wertvolle Zugeständnisse gemacht haben. Nur zu bald zeigte es sich, daß diese angeblichen Zugeständnisse und Versprechungen eitel Fünfterei seien und daß weder die jungerlichen Blockherrscher, noch ihr Geschäftsführer Bülow daran dachten dem Liberalismus ernstlich entgegenzukommen. Die konservative Presse erklärte ganz offen, daß der Block für die Konservativen nur solange Wert habe, als er ihre — der Konservativen — Interessen vertrete und daß sie dem Block in dem Augenblicke den Rücken kehren würden, wo durch Zugeständnisse an den Liberalismus die konservativen Interessen bedroht werden sollten.

Bei dieser Lage der Dinge wäre es Aufgabe des Liberalismus gewesen, mit aller Entschiedenheit darauf zu dringen, daß die Versprechungen, die Bülow vor den Reichstagswahlen gemacht hatte, erfüllt würden, oder, falls dies nicht geschähe, das Blockhaus zu verlassen. All in, wie so oft in der neueren deutschen Geschichte, versagte der Liberalismus in dieser Situation vollständig. Weder beim Börsengesetz, noch beim Vereinsgesetz machte



1909	Katholischer Februar	Protestantischer Februar
1 M.	Ignatius	Brigitta
2 D.	M. Lichtmeß	M. Lichtmeß
3 M.	Gabelin	Blasius
4 D.	Neophea	Veronika
5 F.	Bertolf	Agatha
6 S.	Alberich	Dorothea
7 S.	Septuagesima	Septuagesima
8 M.	Joh. v. M.	Salomon
9 D.	Otto	Apollonia
10 M.	Wilhelm	Scholastika
11 D.	Defiber.	Euphrosina
12 F.	Ludovika	Eulafia
13 S.	Venignus	Jonas
14 S.	Sexagesima	Sexagesima
15 M.	Siegfried	Faustinus
16 D.	Cnefinnis	Juliana
17 M.	Fintanus	Donatus
18 D.	Flabian	Simeon
19 F.	Manfuet.	Gabinus
20 S.	Eleuther.	Eucharis
21 S.	Bra. Fastn.	Bra. Fastn.
22 M.	Petri Stuhl.	Petri Stuhl.
23 D.	Zofua	Fastnacht
24 M.	Matth.	Ascherm.
25 D.	Walburga	Viktorin
26 F.	Alexander	Nestor
27 S.	Leander	Sara
28 S.	Invocavi	Invocavi

er ernsthafte Anstrengungen, den liberalen Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. In der Frage des Vereinsgesetzes beging der Liberalismus sogar einen offenen Verrat an den liberalen Grundsätzen, indem er nicht nur die Jugendlichen von der Beteiligung am politischen Leben ausschloß, sondern auch, im Widerspruch mit dem Verfassungsgrundsatz von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, dem ostpreussischen Junkertum und den Großindustriellen zuliebe, die „fremdsprachigen“ Bürger des deutschen Reiches, vor allem die Polen, unter ein Ausnahmengesetz stellte, indem er ihnen den Gebrauch ihrer Muttersprache in politischen Versammlungen verbot. Der Wunsch, „Regierungspartei“ zu sein und bleiben zu dürfen, sei es um welchen Preis es wolle, war schließlich die einzige Richtschnur für die politische Stellung des Liberalismus geworden; der Liberalismus unterwarf sich, um nicht aus dem Bloc hinausgeworfen zu werden. Als deshalb Anfang des Jahres 1908, in den ersten Januartagen, Fürst Bülow bei der berühmt gewordenen „Blodkrise“ mit seinem Rücktritt drohte, klappte der Liberalismus feige zusammen.

Der gänzliche moralische Zusammenbruch des Liberalismus, und insbesondere auch der süddeutschen Volkspartei, ist eine der bedeutendsten innerpolitischen Tatsachen in Deutschland. Beschämender fast noch als beim Vereinsgesetz trat dieser Zusammenbruch in der Haltung des Liberalismus bei der Frage der preussischen Wahlrechtsreform zutage. Die Wahlreform im Sinne der Abschaffung des ungeheuerlichen preussischen Dreiklassenwahlrechts und der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen war eine alte Forderung des Liberalismus.

Als aber die preussische Arbeiterschaft daran ging, diese liberale Forderung durch eine energische Massenaktion zu unterstützen, da fiel den liberalen Herren das Herz in die Hosentaschen. Nicht nur lehnten sie es ab, auch ihrerseits die Volksbewegung zu organisieren oder sich daran zu beteiligen — in ihrer Presse, in Versammlungen und im Parlament beschimpften und diskreditierten sie die Massenerhebung, beschimpften und diskreditierten sie selbst diejenigen aus dem eigenen Lager, die noch so viel aufrechten



1909	nachmittlicher März	vormittlicher März
1 M.	Donatus	Albinus
2 D.	Luiſe	Simplicius
3 M.	Kunigunde	Quat.
4 D.	Rafimir	Adrian
5 F.	Eusebius	Friedrich
6 S.	Friederite	Fridolin
7 S.	Reminzenz	Reminzenz
8 M.	Joh. v. G.	Philemon
9 D.	Cyriilus	Franziska
10 M.	40 Ritter	Alexander
11 D.	Cyriilus	Rofina
12 F.	Theophanes	Gregor
13 S.	Nicephor.	Euphrasia
14 S.	Ocul	Ocul
15 M.	Longinus	Chriſtoph
16 D.	Henriette	Heribert
17 M.	Gertrud	Miafaſten
18 D.	Anſelm	Gabriel
19 F.	Joſeph	Joſeph
20 S.	Joachim	Emanuel
21 S.	Lütare	Lütare
22 M.	Br. Klaus	Rafimir
23 D.	Eberhard	Viktorian
24 M.	Pigmentius	Gabriel
25 D.	Maria Bert.	Romilda
26 F.	Olympia	Ludgerus
27 S.	Lydia	Ruprecht
28 S.	Judica	Judica
29 M.	Recht.	Euftachius
30 D.	Qui. inus	Guido
31 M.	Kornelia	Valbina

Liberalismus bekamen, daß sie für die Unterstützung der Massenbewegung eintraten.

Bilow wußte daher, daß er auf die Zustimmung seiner liberalen Südlinge rechnen durfte, als er mit brütaler Gewalt den friedlichen Demonstrationen der Arbeiterschaft entgegentrat und als er dann in seiner „berühmten“ Erklärung vom 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus jede wirklich ernsthafte Reform des Dreiklassenwahlrechts ablehnte, ja sogar das Reichstagswahlrecht verhöhlte und, „dem Staatswohl nicht entsprechend“, zu brandmarken sich erdickte — er, der oberste Beamte des Reiches, der berufene Hüter der Reichsverfassung, deren Grund und Eckstein das Reichstagswahlrecht ist!

Der Verlauf des Wahlkampfes zu den preußischen Landtagswahlen, in dem der Freisinn seiner volksverräterischen Taktik durch direkte Unterstützung konservativer und nationalliberaler Wahlrechtsfeinde die Krone aufsetzte, hat wiederum bewiesen, daß die Arbeiterschaft die einzige zuverlässige Stütze des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ist. Auch das Zentrum, das als sogenannte „demonstrative“ Partei grundsätzlich für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten muß, versagte vollständig. Wenn es trotzdem der sozialdemokratischen Partei gelang, Breche in das Dreiklassenwahlrecht zu legen und mit einer Fraktion von 7 Mann in das preußische Abgeordnetenhaus einzudringen, so liegt in dieser Tatsache eine Bürgschaft dafür, daß die Wahlrechtsbewegung weiter schreiten wird und durch nichts mehr aufzuhalten ist. Freilich, der Ausfall der Wahlen hat in dem Kräfteverhältnis der Parteien des preußischen Dreiklassenparlaments nichts wesentliches

geändert. Aber die Arbeiterschaft hat sich im Abgeordnetenhaus eine Tribüne erobert, von der aus sie ihre Forderungen mit Erfolg in die Massen hinaus tragen und auch Massen erreichen kann, die ihr bis dahin unerreichbar waren. Und die Entscheidungskämpfe in der Wahlrechtsbewegung werden nicht im Parlament, sondern außerhalb desselben geschlagen. In diesem Kampfe



1909	Katholischer April	Protestantischer April
1 D.	Theodora	Hugo
2 F.	Theodos.	7 Sch. M.
3 S.	Reinhard	Richard
4 S.	Palmsonntag	Palmsonntag
5 M.	Vinzenz	Emilie
6 D.	Cyrus	Elestin
7 M.	Egessipp.	Hermann
8 D.	Gründonn.	Gründonn.
9 F.	Karfreitag	Karfreitag
10 S.	Daniel	Ezechiel
11 S.	Osterfest	Osterfest
12 M.	Ostermontag	Ostermontag
13 D.	Hermeng.	Justinus
14 M.	Tiberius	Tiburtius
15 D.	Kreszenz	Anastasia
16 F.	Paternus	Naron
17 S.	Anicetus	Rudolf
18 S.	Weißer Sonnt.	Qualimod.
19 M.	Leo	Werner
20 D.	Sulpit.	Hermogen
21 M.	Adolar	Anselm
22 D.	Sotherus	Rajus
23 F.	Adalbert	Georg
24 S.	Fidelis	Albrecht
25 S.	Misericordia	Misericordia
26 M.	Marcellin	Kletus
27 D.	Zitta	Anastastius
28 M.	Prudenz	Vitalis
29 D.	Märt., Rob.	Petrus
30 F.	Kathar.	Cutrinus

wird die preußische Arbeiterschaft nicht allein stehen. Die Arbeiterschaft des gesamten Deutschland wird an ihrer Seite kämpfen; denn die Demokratisierung Preußens ist die Voraussetzung jeder fortschrittlichen Entwicklung Deutschlands. Ein freies Deutschland ist nur möglich wenn es gelingt, die preußische Dreiklassenherrschaft und damit die Herrschaft des reaktionären preußischen Junkertums endgültig zu brechen.

Diejenige Frage der inneren Politik des deutschen Reiches, die im Augenblick am dringendsten ihrer Lösung harret, die Frage der Reichsfinanzreform, ist zur Stunde, wo wir dies schreiben, über das Stadium der Verhandlungen in der Dunkelkammer der preußischen Ministerien und des Reichsschatzamtes noch nicht hinausgekommen. Jedoch scheint das eine sicher, daß auch diese Finanzreform ausschließlich oder beinahe ausschließlich auf Kosten der ärmeren Volksklassen durchgeführt werden soll. Vor allem werden die Massenkonsumartikel Tabak und Bier bluten müssen. Auch bei dieser neuen Belastung der ärmeren Volksklassen leidet der Liberalismus, trotzdem er sich grundsätzlich stets gegen die indirekten und für Einführung direkter Reichssteuern erklärt hat, seine Hilfe, aus keinem anderen Grunde, als um seine Regierungsrüchigkeit zu beweisen und Billow über die Klippe der Reichsfinanzreform, die bei der ungeheuerlichen Schuldenwirtschaft des Reiches (betragen die Reichsschulden doch jetzt schon 5 Milliarden!) zur absoluten Notwendigkeit geworden ist, hinwegzuhelfen.

Zu all diesem Unerfreulichen kommen dann noch die zahlreichen Prozesse hinzu, in denen gleicherweise faule Zustände im politischen Leben wie in der Rechtspflege enthüllt wurden. Da sind zunächst die Petersprozesse, die, wenn sie auch formell mit der Verurteilung derjenigen endeten, die den Dr. Peters „beleidigt“ haben sollten, doch tatsächlich eine moralische Verurteilung dieses „großen“ Kolonialhelden und der von ihm vertretenen Kolonisationsmethoden ergaben. Dann der Prozeß Liebnicht, der mit der Verurteilung Liebnichts zu 1 1/2 jähriger Festung-



1909	Katholischer Mai	Protestantischer Mai
1 S.	Weltfeiertag	Weltfeiertag
2 S.	Jubilate	Jubilate
3 M.	+ Auffindung	+ Auffindung
4 D.	Florian	Monika
5 M.	Pius V.	Gotthard
6 D.	Joh. v. d. Pf.	Joh. v. d. Pf.
7 F.	Stanislaus	Gottfried
8 S.	Nich. Ersch.	Nich. Ersch.
9 S.	Cantate	Cantate
10 M.	Anton	Gordian
11 D.	Adolf	Erich
12 M.	Wibert	Pantradius
13 D.	Emilie	Servatius
14 F.	Epiph.	Bonifazius
15 S.	Torquatus	Sophie
16 S.	Rogate	Rogate
17 M.	Urbald	Bruno
18 D.	Benant.	Christhona
19 M.	Peter Cöl.	Potentia
20 D.	Chr. Himmelf.	Chr. Himmelf.
21 F.	Prudenz	Konstantin
22 S.	Julia	Helena
23 S.	Exaudi	Exaudi
24 M.	Esther	Johanna
25 D.	Gregor	Urban
26 M.	Eleuth.	Philipp
27 D.	Beda	Eutrop
28 F.	German	Wilhelm
29 S.	Theodos.	Magimin
30 S.	Pfingstsonntag	Pfingstsonntag
31 M.	Pfingstmontag	Pfingstmontag

haft endete, obwohl das „Verbrechen“ Liebnechts nur darin bestand, daß er in einer Schrift seiner Ueberzeugung über den preußischen Militarismus Ausdruck gegeben hatte. Charakteristisch für die Auffassungen, die in den höchsten Kreisen der Justiz herrschen, war die Tatsache, daß der Oberreichsanwalt Ollendorf, der die Anklage gegen Liebnecht einleitete, für Liebnecht die entehrende Zuchthausstrafe verlangte und daß dieser Herr, trotzdem er beim Reichsgericht wenigstens mit diesem ungeheuerlichen Antrag eine schwere Niederlage erlitt, offenbar zum Dank für seine ausgezeichnete „Gesinnung“ zum Senatspräsidenten am Reichsgericht befördert wurde. Nicht minder schlimm als der Prozeß Liebnecht war der Königsberger Majestätsbeleidigungsprozeß, der den Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Markwald, auf 1 1/4 Jahre hinter Schloß und Riegel brachte, weil er es gewagt hatte, eine Veranstaltung (die Enthüllung des Memeler Denkmals), zu kritisieren, an der zufällig auch der Kaiser teilnahm. Das Urteil hat großes Aufsehen auch in bürgerlichen Kreisen erregt, aber bei der platonischen Entrüstung ist es geblieben und das Reichsgericht, das schon längst nicht mehr das frühere Ansehen genießt, hat das Urteil bestätigt.

Wie dieser Prozeß, so hat auch der Prozeß Molite-Harden in seinem Verlaufe Schäden der Justiz enthüllt, die zur schärfsten Kritik herausfordern. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft, die zuerst die Erhebung der Anklage im öffentlichen Interesse ablehnte, um sodann, als der Angeklagte Harden vom Schöffengericht freigesprochen worden war, das ganze schöffengerichtliche Verfahren und Urteil mit einem Federstrich zu vernichten und ein neues Verfahren einzuleiten, war

von allen bedeutenden Rechtsgelehrten als unzulässig erklärt worden. Trotzdem wurde das Verfahren durchgeführt und nach Verhandlungen hinter verschlossenen Türen der Herausgeber der „Zukunft“, Harden, zu viermonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt. Auf dem Umwege über München gelang es dann, in dieses Urteil Bresche zu legen, indem der



1909	Katholischer Juni	Protestantischer Juni
1 D.	Ailodemus	Fortunatus
2 M.	Erasmus	Eugen
3 D.	Klothilde	Oliva
4 F.	Karpajus	Quirin
5 S.	Winfried	Bonifazius
6 S.	Dreifaltigkeit	Dreifaltigkeit
7 M.	Sebastian	Robert
8 D.	Medardus	Medardus
9 M.	Primus	Kolumbus
10 D.	Fronleichnam	Margareta
11 F.	Zbuna	Varnabas
12 S.	Onuphr.	Vasiliides
18 S.	1. S. n. Dr.	1. S. n. Dr.
14 M.	Elisäus	Vasilius
15 D.	Modestus	Vinç
16 M.	Ludgard	Justina
17 D.	Rainer	Mortenfia
18 F.	Paul	Marcellus
19 S.	Gervasius	Gerhard
20 S.	2. S. n. Dr.	2. S. n. Dr.
21 M.	Mohsius	Albanus
22 D.	10 000 Ritter	Paulin
23 M.	Agrippina	Edeltrud
24 D.	Joh. d. T.	Joh. d. T.
25 F.	Prosper	Eulogius
26 S.	Jeremias	Joh., Paul
27 S.	3. S. n. Dr.	3. S. n. Dr.
28 M.	Leo II.	Benjamin
29 D.	Petrus, Paul	Petrus, Paul.
30 M.	Pauli Ged.	Lucina

Hauptbelastungszeuge im zweiten Prozeß Harden, Fürst Eulenburg, als des doppelten Meineids verdächtig, außer Gesecht gesetzt wurde. Als dann nach längerem Zögern das Meineidsverfahren gegen Eulenburg eingeleitet wurde, blieb dem Reichsgericht nichts anderes übrig, als das Urteil gegen Harden aufzuheben. Der Prozeß gegen Eulenburg ist im Augenblicke, wo wir dies schreiben, noch nicht zu Ende, da der Angeklagte, als die Sache für ihn kritisch wurde, als alles Herauslügen nichts mehr feuchtete, gefährlich erkrankte. Welchen Ausgang der Prozeß nehmen wird, ist natürlich schon voranzusehen. Die Schuld des Fürsten Eulenburg ist freilich in einem Maße klar erwiesen, daß eine Freisprechung undenkbar ist. Ob es aber zu einer neuen Gerichtsverhandlung kommen wird, ist fraglich. Die Prozeße Harden-Motte, Eulenburg, Lynar und Hohmann haben über allem Zweifel die Tatsache festgestellt, daß in der nächsten Umgebung des Kaisers jahrelang Personen verkehrten und Einfluß ausübten, deren sittliche Eigenschaften die allerbedenklichsten waren. Daß ein Mann wie Fürst Eulenburg, dem selbst einer seiner Standesgenossen, der Fürst Dohna-Schlöbitten, sagte, daß er ein „verlogener Keel“ sei, sich so lange in der intimsten Umgebung des Kaisers halten und durch seine Intriguen zwei Kanzler stürzen konnte, ist der stärkste Beweis dafür, welche Macht die Kamarilla ausübte, die nach den Versicherungen Bülow's angeblich nicht vorhanden war.

Ausland.

Im Mittelpunkt der internationalen Politik standen im letzten Jahre die Ereignisse in Marokko. Durch die Konferenz von Algieras waren die Grundlinien bestimmt worden die bei der Behandlung der marokkanischen Frage für die Mächte gelten sollte. Die angeblichen Christenmorde in Casablanca gaben Frankreich den Vorwand, als „Mandatärin“ Europas in Marokko die „Ordnung wieder herzustellen“. In welcher grausamer Weise dies geschah, ist bekannt. Die gänzlich unbegründete und brutale Beschießung Casablancas und der darauf



1909	Katholischer Juli	Protestantischer Juli
1 D.	Simeon	Theobald
2 F.	Otto	Maria Heimf.
3 S.	Eulogius	Kornelius
4 S.	4. S. n. Dr.	4. S. n. Dr.
5 M.	Zoe	Wendelin
6 D.	Dominika	Gajus
7 M.	Joachim	Wilibald
8 D.	Elisabeth	Kilian
9 F.	Zeno, Luise	Cyrius
10 S.	Rufina	7 Brüder
11 S.	5. S. n. Dr.	5. S. n. Dr.
12 M.	Joh. Gualb.	Nabor
13 D.	Anallet	Heinrich
14 M.	Vonavent.	Alfred
15 D.	R. Heinrich	Ap. Teil.
16 F.	Faustus	Ruth
17 S.	Arthur	Alexis
18 S.	6. S. n. Dr.	6. S. n. Dr.
19 M.	Vinzeng v. P.	Rosina
20 D.	Arnold	Margareta
21 M.	Dietrich	Arbogast
22 D.	M. Magdal.	M. Magdal.
23 F.	Viborius	Apollinaris
24 S.	Bernhard	Christina
25 S.	7. S. n. Dr.	7. S. n. Dr.
26 M.	Polybius	Anna
27 D.	Martha	Pantaleon
28 M.	Telsus	Nazarius
29 D.	Martha	Beatrig
30 F.	Abdon	Jakobea
31 S.	Janaq v. L.	German

folgende Feldzug der Generale D'Amade und Liauthey machte durchaus den Eindruck, als ob Frankreich sich auf gewaltsamem Wege seine Vormachtstellung in Marokko sichern wolle. Da die französische Regierung jedoch stets versicherte, daß sie nicht vom Boden der Algecirras-Alle abzuweichen gedenke, bot sich für die Signatarmächte keine Gelegenheit zum Einschreiten. Ob durch die Absetzung des „legitimen“ Sultans Abdul Aziz durch seinen Halbbruder Muley Hafid die marokkanische Frage einer rascheren Lösung entgegengeführt, oder ob dieser Wechsel neue Verwicklungen im Gefolge haben wird, ist vorläufig nicht abzusehen. Zu wünschen ist nur, daß die deutsche Diplomatie in dieser Frage, an der Deutschland nicht in wesentlichem Maße interessiert ist, sich in Zukunft dieselbe Zurückhaltung auferlegen möge, die sie im letzten Jahre bewiesen hat.

Es ist dies um so wünschenswerter, als nicht zum wenigsten infolge der Ungeschiedlichkeit der deutschen auswärtigen Politik, in Europa eine Situation geschaffen worden ist, die Deutschland sicheren Demütigungen und Niederlagen aussetzt, wenn es, wie dies lange Zeit hindurch geschehen ist, Hans Dampf in allen Gassen sein und überall die Hände im Spiel haben will. Einerseits hat sich das unter dem Namen „Dreibund“ geschaffene Bündnis derart gelockert, daß es kaum mehr als das Papier wert ist, auf dem es geschrieben und besiegelt steht und andererseits ist es England gelungen, ein System von Bündnissen zu schaffen, die eine völlige Isolierung oder, wenn man das Wort gebrauchen will, diplomatische Einkreisung bedeuten. Das englisch-französisch-russische Bündnis auf dem europäischen Kontinent, das durch das englisch-

japanische Bündnis für den fernen Osten wirksam ergänzt wird, ist ohne Zweifel ein Instrument des Friedens, das freilich bei einer ungeschickten, provozierenden Politik Deutschlands auch eine fürchterliche Waffe gegen Deutschland werden könnte. Das zu verhindern wäre in erster Linie der Reichstag berufen, der, wenn er seine Aufgabe richtig erfassen würde, un-



1909	Katholischer August	Protestantischer August
1 S.	8. S. n. Dr.	8. S. n. Dr.
2 M.	Portiuntula	Gustav
3 D.	August	Steph. Erf.
4 M.	Jofias	Dominikus
5 D.	Schnee	Oswald
6 F.	Verkfl. Chr.	Sirtus
7 S.	Albert, Rajet.	Asta
8 S.	9. S. n. Dr.	9. S. n. Dr.
9 M.	Romanus	Erich
10 D.	Blanka	Laurentius
11 M.	Susanna	Hermann
12 D.	Adela	Klara
13 F.	Kajstan	Hippolyt
14 S.	Warnfr.	Eusebius
15 S.	M. Himmelf.	10. S. n. Dr.
16 M.	Kochus	Jodokus
17 D.	Liberatus	Berena
18 M.	Helena	Klara v. M.
19 D.	Ludobikus	Sebald
20 F.	Philibert	Bernhard
21 S.	Franziska	Privatus
22 S.	11. S. n. Dr.	11. S. n. Dr.
23 M.	Zachäus	Philippus
24 D.	Bartholom.	Bartholom.
25 M.	Ludwig	Ludwig
26 D.	Zephyrin	Samuel
27 F.	Jof. v. Cal.	Gebhart
28 S.	Adel.	Augustinus
29 S.	12. S. n. Dr.	11. S. n. Dr.
30 M.	Adolf, Rosa	Felix
31 D.	Pauline	Raimund

bedingt darauf bringen müßte, daß ihm in den Fragen der äußeren Politik ein bestimmender Einfluß gewährt wird, ein Einfluß, wie ihn die Parlamente Frankreichs und Englands schon lange besitzen.

Ungeheures Aufsehen in Europa hat das Attentat gemacht, das in Lissabon, der Hauptstadt des Königreichs Portugal, auf den König Carlos und den portugiesischen Kronprinzen unternommen worden ist und dem beide zum Opfer fielen. Das Attentat kam nicht überraschend. Unter der Zustimmung des Königs, eines politisch unfähigen, verschwenderischen Lebemanns, der sich ungeheure Summen aus den ohnehin schlecht gestellten Staatskassen als „Vorschüsse“ geben ließ, hatte der Ministerpräsident Franco die Verfassung aufgehoben und ein diktatorisches Regime errichtet, das an Grausamkeit und Willkür kaum von den russischen Machthabern überboten werden konnte. Es lag auf der Hand, daß sich der Haß des unterdrückten Volkes in erster Linie gegen den König und seinen Ministerpräsidenten richtete und schließlich, als keine andere Rettung mehr möglich schien, zur Gewalt seine Zuflucht nahm, die ja auch von der Regierung unter Zustimmung des Königs geübt wurde. Franco selbst wußte sich freilich vor der Wut des Volkes zu schützen, aber der König und der Kronprinz mußten den Versuch, in Portugal eine absolutistische Herrschaft aufzurichten, mit dem Leben bezahlen. Eine eindringliche Mahnung an jene, die glauben, daß ein Volk sich alle Entrechtung, jede Unterdrückung gefallen lasse. Es giebt selbst für das langmütigste Volk einen Punkt, wo es dazu kommt, mit unserem großen deutschen Dichter, Friedrich Schiller, zu rufen:

Nein, eine Grenze hat Tyrannemacht

In Rußland, das im letzten Jahre seine dritte Duma (Reichstag) erlebte, sind die Zustände heute beinahe schlimmer als sie vor Beginn der Revolution, unter Pletchwe, gewesen waren. Von einer verfassungsmäßigen Regierung keine Spur. Die Willkür der Polizei und der



1909	statho ischer September	Protestantischer September
1 M.	Egidius	Berena
2 D.	Stephan	Beronika
3 F.	Euphem.	Theodosius
4 E.	Rosalia	Eitler
5 E.	13. S. n. Dr.	13. S. n. Dr.
6 M.	Magnus	Zacharias
7 D.	Altmund	Regina
8 M.	Maria Geburt	Maria Geburt
9 D.	Bruno	Gorgonius
10 F.	Nikol. v. I.	Othgerus
11 E.	Schaz.	Felix, Regulo
12 E.	14. S. n. Dr.	14. S. n. Dr.
13 M.	Amat., Mat.	Hektor
14 D.	Cypr.	+ Erhöhung
15 M.	Roger	Nikod.
16 D.	Roland	Kornelius
17 F.	Franz	Lambert
18 E.	Titus	Richard
19 E.	15. S. n. Dr.	15. S. n. Dr.
20 M.	Eustachius	Tobias
21 D.	Matthäus	Matthäus
22 M.	Emerita	Moriz
23 D.	Linus	Thekla
24 F.	Mar. v. M.	Gerhard
25 E.	Jos. v. E.	Kleophas
26 E.	16. S. n. Dr.	16. S. n. Dr.
27 M.	Kosm.u.Dam.	Kosm.u.Dam.
28 D.	Adalt.	Wenzeslaus
29 M.	Marich	Michael
30 D.	Hier., Soph.	Urfus

Administrativbehörden wird nur noch überboten durch die Brutalität der Militärgerichte, die eine blinde Herrschaft des Schreckens aufgerichtet haben. Hunderte von Todesurteilen sind die entsehligen Zeugen dieser Herrschaft. Doch unter der Asche glimmt es weiter und eines Tages wird der Brand aufs neue ausbrechen, mächtiger als vorher. Mäße der Tag, an dem das blutbesudelte Gebäude des russischen Absolutismus frachend zusammenbricht, nicht mehr allzuferne sein!

Die mazedonische Frage, der alte Zankapfel zwischen den europäischen Mächten, hat in dem Augenblick, in welchem zwischen England und Rußland eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen zustande gekommen ist, eine überraschende Wendung genommen durch Einführung einer Verfassung im türkischen Reich. Scheinbar hat der Sultan die Verfassung, die bereits im Jahre 1876 eingeführt, später jedoch wieder beseitigt worden war, unter dem Druck der liberalen „jungtürkischen“ Bewegung gewährt, die einen großen Teil der Armee, namentlich in Mazedonien, zu gewinnen verstanden hatte. Doch ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß der Sultan Abdul Hamid, der ein geriebener Politiker ist, die Verfassung bloß als das „kleinere von zwei Uebeln“ wählte, d. h., daß er die Einführung der Verfassung der Einmischung auswärtiger Mächte in die inneren Angelegenheiten seines Reiches vorzog. Vielleicht tat er es mit dem Hintergedanken, daß man die Verfassung zu „gelegener Zeit“ ja wieder beseitigen könne, während die Beseitigung der Fremdherrschaft schon eine schwierigere Sache wäre. Wie die Dinge jetzt liegen, bei der großen Macht,

die sich die jungtürkische Reformpartei schon jetzt zu gewinnen verstanden hat und bei der unleugbaren Geschicklichkeit und zielbewußten Energie dieser Partei, die dem Sultan ihre Befehle diktiert, erscheint es freilich ganz ausgeschlossen, daß in der Türkei das absolutistische Regiment wieder hergestellt werden kann.

In Persien ist der Blütenraum eines verfassungsmäßigen Regi-



1909	Katholischer Oktober	Protestantischer Oktober
1	F. Julia	Remigius
2	S. Theophil	Leodegar.
3	S. 17. S. n. Dr.	17. S. n. Dr.
4	M. Edwin	Franz v. A.
5	D. Flavia	Plazidus
6	M. Bruno	Angela
7	D. Amalia	Juditha ☾
8	F. Brigitta	Pelagius
9	S. Abraham	Dionysius
10	S. 18. S. n. Dr.	18. S. n. Dr.
11	M. Emil	Burkhard
12	D. Maximilian	Walfried
13	M. Eduard	Koloman
14	D. Kallistus	Kalixtus
15	F. Aurelia	Theresia ☉
16	S. Abt	Gallus
17	S. 19. S. n. Dr.	19. S. n. Dr.
18	M. Lukas, Ev.	Lukas, Ev.
19	D. Petr. v. A.	Ferdinand
20	M. Sindolf	Wendelin
21	D. Bertold	Ursula
22	F. Mar. Sal.	Kordula
23	S. Verus	Severinus ☽
24	S. 20. S. n. Dr.	20. S. n. Dr.
25	M. Chrj.	Krispinus
26	D. Evaristus	Amandus
27	M. Kapitolinus	Sabina ☼
28	D. Simon u. Jud.	Simon u. Jud.
29	F. Eufebia	Eufebia
30	S. Hartmann	Hartmann
31	S. 21. S. n. Dr.	21. S. n. Dr.

Höchste Kulturstufe. „Ist's denn immer noch so arg in Afrika?“ — Reisender: „Ist bewahre, jetzt gibt's dort sogar schon Beschwerdebücher.“

ment's rasch wieder zerstört worden. Es ist dem Schah, der nur unter dem Drucke der inneren Wirren seinerzeit die Verfassung anerkannt hatte, mit Unterstützung Rußlands gelungen, das Parlament niederzuzwingen und die Despotie wieder aufzurichten. Auf wie lange?

Die badischen Städte

mit mehr als 5000 Einwohnern hatten nach den im Oktober 1906 veröffentlichten endgiltigen Ergebnissen bei der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1905, verglichen mit der vom 2. Dezember 1900, diese Seelenzahl (die eingeklammerten Ziffern hinter dem Städtenamen geben die Größenfolge im Jahre 1900 an):

Stadt	1905	1900
1. Mannheim	(1) 168698	141181
2. Karlsruhe	(2) 118009	97285
3. Freiburg	(3) 76283	61504
4. Pforzheim	(4) 59372	49660
5. Heidelberg	(5) 49527	43998
6. Konstanz	(6) 24807	21445
7. Baden-Baden	(7) 16187	15718
8. Offenburg	(8) 15435	13664
9. Bruchsal	(9) 14931	13555
10. Lahr	(10) 14752	13577
11. Nastatt	(11) 14404	13914
12. Durlach	(12) 12906	11854
13. Weinheim	(13) 12560	11167
14. Lörrach	(14) 10794	10847
15. Willingen	(15) 9582	7819
16. Ettlingen	(16) 8669	8083
17. Emmendingen	(17) 7583	6219
18. Schwenningen	(18) 6831	6432
19. Hohenheim	(19) 6315	5795
20. Eberbach	(20) 6135	5857
21. Singen a. S.	(21) 5720	5900
22. Furtwangen	(22) 5281	5007
23. Badolfszell	(23) 5205	4160
24. Waldkirch	(24) 5190	5004
25. Bretten	(25) 5052	4781



1909	Katholischer November	Protestantischer November
1 M.	Aller Heiligen	Aller Heiligen
2 D.	Aller Seelen	Aller Seelen
3 M.	Birmin	Theophil
4 D.	Karl Bor.	Sigmund
5 F.	Zachar.	Malachias ☩
6 S.	Alwine	Leonhard
7 S.	22. S. n. Dr.	22. S. n. Dr.
8 M.	Gottfried	4 Gebrünte
9 D.	Erbo	Theodor
10 M.	Tryphon	Justus
11 D.	Bischof	Martin, B.
12 F.	Papst, Jonas	Martin
13 S.	Stanislaus	Weibert ☩
14 S.	23. S. n. Dr.	23. S. n. Dr.
15 M.	Luitpold	Leopold
16 D.	Edmund	Othmar
17 M.	Gregor	Florian
18 D.	Otto	P. P. Kirchw.
19 F.	Kön. v. U.	Elisabeth
20 S.	Eduard, Fel.	Amos ☩
21 S.	24. S. n. Dr.	24. S. n. Dr.
22 M.	Alfons	Cäcilia
23 D.	Felicitas	Klemens
24 M.	Chryfogon	Chryfogon.
25 D.	Fintan	Katharina
26 F.	Egbert	Konradus
27 S.	Valerian	Jeremias ☩
28 S.	1. Advent	1. Advent
29 M.	Noah	Saturnin
30 D.	Apostel	Andreas

Graufam. Sehen Sie mein Fräulein, dort geht der Graf Hohenberg! — Ist er noch lebzig? — Nein! — Wie graufam, mich dann auf ihn aufmerksam zu machen!

Für die fünf größten Städte des Landes ergaben sich nach dem Stande vom Zählungstage folgende endgültige Bevölkerungszahlen nach dem Religionsbekenntnisse:

Städte	Evangelische	Katholische	Israeliten	Sonstige
Mannheim	83580	71556	5998	2559
Karlsruhe	58024	49573	2855	2559
Freiburg	21030	51602	1122	344
Worms	46601	11406	660	722
Heidelberg	30652	17488	997	390

Die Gesamtbevölkerung des Landes beläuft sich nach dem vom Statistischen Landesamt endgültig ermittelten Ergebnis auf 2010 728 Seelen, darunter 769 866 evangelisch, 1206 919 katholisch, 7449 sonstigen christlichen Bekenntnisses, 25 893 israelitisch, 601 anderen Bekenntnisses und ohne Angabe. Unter den Evangelischen gehörten 762 826 der Landeskirche an; unter den Katholiken waren 1198 511 römisch-katholisch, 8096 altkatholisch; der Rest entfällt auf die Anhänger der verschiedenen griechisch (orientalisch-) katholischen Kirchen.

Getreide- und Warenvorräte in Mannheim.

Der Lagerbestand auf den Privattransitlagern betrug am 1. Juli 1908, verglichen mit den gleichen Monaten der vorausgegangenen zwei Jahre in Doppelzentnern:

	1908	1907	1906
Weizen	153415	125886	66693
Roggen	—	2236	—
Hafer	95430	17263	5841
Gerste (Futter- und Malzgerste)	11026	11252	12093
Mais	11840	18199	10997
Hülsenfrüchte	235	368	49
Wehl	1590	1	—
Reis	1627	1715	2085
Kaffee	7823	9245	11706
Petroleum	168709	114206	193355



1909	Kalender Dezember	Prot. Kalender Dezember
1 M.	Longinus	Eligius
2 D.	Bibiana	Kandidus
3 F.	Franz, Xaver	Lucian
4 S.	Sigismund	Barbara
5 S.	2. Advent	2. Advent
6 M.	Sago	Nikolaus
7 D.	Ambrosius	Werner
8 M.	Maria Empf.	Maria Empf.
9 D.	Leofadia	Wilibald
10 F.	Eulalia	Walter
11 S.	Waldbemar	Damasus
12 S.	3. Advent	3. Advent
13 M.	Ottilia	Lucia
14 D.	Israel	Nikolaus
15 M.	Abraham	Abraham
16 D.	Zonathan	Abelheid
17 F.	Albina	Lazarus
18 S.	Mar. E.	Wunibald
19 S.	4. Advent	4. Advent
20 M.	Achilles	Christian
21 D.	Apostel	Thomas
22 M.	Beata, Zeno	Berta
23 D.	Viktoria	Dagobert
24 F.	Herm.	Adam, Eva
25 S.	Christfest	Christfest
26 S.	Stephanus	2. Christfest
27 M.	Johannes, Ev.	Johannes, Ev.
28 D.	Kindleintag	Kindleintag
29 M.	Bischof	Thomas
30 D.	David, König	David, König
31 F.	Silvester	Silvester

Um keinen „Preuß“!

Ein bissiger Wis wird im Schwabenlande folportiert. Der preußische Kriegsminister v. Einem hat betamntlich nach einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung mit dem Grafen Zeppelin Friedrichshafen im Zorn verlassen. Soviel scheint festzustehen, daß v. Einem verlangt hat, Zeppelin solle trotz der überaus ungünstigen Witterung einen Flugversuch wagen. Für Zeppelin lag um so weniger Grund vor, diesem Verlangen nachzukommen, als dieselben Leute, die jetzt das tollste Wagesstück von ihm verlangen, ihn jahrelang als Halbnarren von oben herab behandelt haben. Es wird nun erzählt, Zeppelin habe auf die Forderung des preußischen Kriegsministers geantwortet: „Um keinen Preis fahre ich auf!“ Herr v. Einem aber habe infolge der schwäbischen Mundart des Grafen verstanden: „Um keinen Preuß fahre ich auf!“ In hellem Zorn sei v. Einem davongegangen, habe sein Auto bestiegen und sei in rasendem Tempo davongefahren.

Daß Herr v. Einem ein Wort des Grafen gründlich mißverstanden hat, geht aus der kürzlich mitgeteilten Erklärung Zeppelins hervor. Auch soviele scheint festzustehen, daß einflußreiche Kreise am Werk sind, Zeppelins Lebensarbeit und endlichen Erfolg zu verkleinern. Das wenigstens wird in Württemberg allgemein aus dem Telegramm Wilhelm II. von Preußen an den Grafen nach der glänzenden Fahrt ins Schweizerland herausgelesen, in dem von dem „Stange halten“ die Rede ist.

Deutlich. Schwiegervater: Also, Herr Schwiegersohn, sagen Sie mir einmal aufrichtig, wie sind Sie mit meiner Tochter zufrieden?

Schwiegersohn: Lieber Schwiegervater, ich kam mich über nichts beklagen, als darüber, daß Sie mich nicht hinausgeworfen haben, als ich um ihre Hand angehalten.

Unsere Toten.

Auch im verfloffenen Jahre ist die Zahl derer, die der Tod aus unserer Mitte gerissen hat, eine große. Wenn wir an dieser Stelle auch nicht alle namentlich aufzählen können, die für die Sache des Volkes ihr Bestes getan, wollen wir doch von den bekanntesten derselben ein kurzes Lebensbild geben.

Jakob Friedrich Huttenrieth.

In Münsingen auf der schwäbischen Alb im Jahre 1829 geboren. In den 60er Jahren nach Offenburg übergesiedelt, war er einer der ersten, welche die Fahne der Partei im badischen Oberland aufpflanzen halfen. Während des Sozialistengesetzes zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Anfang der 90er Jahre stand Huttenrieth an der Spitze des Landesvorstandes der badischen Sozialdemokratie. Am 18. Mai 1908 hat dieser verdienstvolle Kämpfer die Augen für immer geschlossen.

Jakob Dittus,

Stadtrat in Pforzheim, gestorben im Oktober 1907. In den 80er Jahren Vertrauensmann der Pforzheimer Parteigenossenschaft. 1899 in den Bürgerausschuß, 1905 in den Stadtrat gewählt. Er erreichte ein Alter von 63 Jahren.

Christian Vögelen,

gestorben Ende November 1907. Langjähriges Mitglied des Landesvorstandes in Mannheim. Während des Sozialistengesetzes einer der tätigsten und opferbereitesten Anhänger, dem Verfolgungen und Hausdurchsuchungen von seiten der Polizei nicht erspart blieben. Auf allen Parteitagungen der 90er Jahre der badischen Sozialdemokratie war er als Delegierter anwesend. Er war Mitbegründer der Mannheimer „Volksstimme“ und gehörte bis zu seinem Tode dem Verwaltungsrate an. Rednerisch begabt, bekleidete er nacheinander verschiedene Vertrauensstellungen innerhalb der Partei und der Gewerkschaften. Der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gehörte er seit dem Jahre 1893 an und war längere Jahre Fraktionsvorsitzender. Am 20. Februar 1858 geboren, erreichte er nur ein Alter von nicht ganz 50 Jahren. Die Beerdigung Vögelen's gestaltete sich zu einer großen Trauerkundgebung der Mannheimer Arbeitererschaft.

Franz Joseph Ehrhart,

Reichs- und Landtagsabgeordneter, Stadtrat in Ludwigshafen, geb. am 6. Februar 1853, gestorben am 20. Juli 1908. In den 70er Jahren schon mit unserem, vor nahezu 2 Jahren verstorbenen August Dreesbach in Baden für die Sozialdemokratie agitatorisch tätig. Seit 1883 in Ludwigshafen ansässig und lange Zeit der einzige Agitator und Organisator der Pfalz.

Ehrhart gehörte dem Ludwigshafener Stadtrat seit 1889, dem bayerischen Landtag seit 1893 und dem Reichstag seit 1898 an.

Was unsern Franz Josef vor allem auszeichnete, das war neben seinem sonnigen Humor, der ihn auch in den schwierigsten Situationen nicht verließ und der „vor dem Feind“ oft zu vernichtendem Sarkasmus

wurde, seine rücksichtslose, dabei doch stets sympathisch berührende, weil herzlich gut gemeinte Offenheit. Ohne Schminke gab sich seine Ueberzeugung auch dem Freunde gegenüber, wenn er, ihm Aug in Aug schauend, das Bedürfnis empfand, „von der Leber weg“ zu reden. Gradeaus! war Ehrharts Parole; Schleichwege mied er, selbst wenn sie ihm bequemer schienen.

So starb unser Franz Josef Ehrhart auf der Höhe der Erfolge, gleich August Dreesbach, seinem treuen Waffengefährten, der ihm schon 19 Monate im Tod vorangegangen ist. Nach Liebknecht, Grillenberger, Dreesbach, Meister, Auer, Meist, Motteler jetzt auch Ehrhart — eine Mahnung an die Jungen, der gewaltigen Aufgaben und der schweren Pflichten eingedenk zu sein, die der Weggang der bewährten Veteranen nun auf ihre Schultern wälzt. Mögen sie sich an diesen, ihrer selbstlosen Hingabe und Begeisterung für die Sache des emporsteigenden Proletariats, ihrem zähen Ausharren in der Zeit schwerster Not und ihrem unverwüßlichen Glauben an die Ideale des Sozialismus allezeit emporrichten und daraus die Kraft schöpfen zum Ausharren im harten Kampf der Zeit und im Vertrauen auf die Erringung einer besseren Zukunft!

Zu verzeichnen sind noch:

Karl Klotz, langjähriger Reichs- und Landtagsabgeordneter für Stuttgart, geb. 13. April 1847, gestorben im Februar 1908.

Karl Meist, geb. 12. Dezember 1856, gestorben im Februar 1908, von 1893—1895 und von 1903—1907 als Vertreter des Wahlkreises Denepp-Kemscheid-Mettmann. Mitglied des Reichstages.

Philipp Löber, geb. 17. Dezember 1878, gestorben in Mannheim im Mai 1908. Langjähriger Vorsitzender des Gewerkschaftsartells, Stadtverordneter und Vorsitzender der Preßkommission der Mannheimer „Volksstimme“.

Das Proletariat wird diesen verstorbenen Mitkämpfern ein ehren- des Andenken bewahren.



Die politische Lage in Baden.

Durch die Einführung des direkten Wahlrechts hat sich die politische Situation im einstigen „liberalen Musterländchen“ total verändert. Die ersten unter der Herrschaft des direkten Wahlrechts vollzogenen Landtagswahlen sind gleich lehrreich für den Politiker wie für den Geschichtsschreiber. Das Ergebnis der Hauptwahlen mit 28 Zentrumsabgeordneten war für den, der die politischen Vorgänge der letzten 1½ Jahrzehnte in Baden kannte, ebenjowenig überraschend, wie die schwere Niederlage, welche die Nationalliberalen dabei erlitten haben. Man kann eben nicht ungestraft den Willen der Volksmehrheit mißachten, wie dies die Nationalliberalen so lange getan haben. Als die Einsicht bei ihnen zu dämmern anfang, war es schon zu spät. Das Zentrum hatte sich die Fehler der nationalliberalen Politik geschickt zunutze gemacht und daneben sich eine über das ganze Land verbreitete Organisation, sowie zahlreiche Preßorgane geschaffen, während die Nationalliberalen sich immer nur auf die Hilfe der Regierung verlassen haben. Dazu kamen die Folgen der Kulturkampfgesetze, die das Zentrum weidlich auszunutzen verstand. Zwar gelang es den Nationalliberalen, schon vor den Haupt-

wahlen eine Verständigung mit den linksliberalen Parteigruppen herbeizuführen. Allein abgesehen davon, daß die Linksliberalen nur über einen schwachen Anhang unter der badischen Wählerschaft verfügen, bestanden und bestehen heute noch zwischen diesen liberalen Bundesgenossen so große taktische und prinzipielle Gegensätze, daß eine wirklich einheitliche, in großem Stil gehaltene politische Aktion schlechterdings unmöglich war und noch ist. Auf der andern Seite hatte das Zentrum eine Verständigung mit den Konservativen gesucht und auch gefunden, so daß dem liberalen Heerbann von vornherein ein viel stärkerer ultramontan-konservativer gegenüberstand. Der Liberalismus wäre bei dieser Sachlage zweifellos bei den Stichwahlen völlig unterlegen, wenn seinen Führern nicht die Ueberzeugung sich aufgedrängt hätte, daß in dieser Situation ein Bündnis mit der Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit der Rettung vor einer politischen Katastrophe für den Liberalismus bietet. Die Sozialdemokratie hatte um so weniger Anlaß, das ihr angebotene Bündnis für die Stichwahlen abzulehnen, als sie selbst ein großes Interesse daran hatte, eine clerikal-konservative Mehrheit in der zweiten badischen Kammer zu verhindern und wenn irgend möglich „das Binglein an der Wage“ bei den prinzipiell wichtigsten Entscheidungen künftig in der Kammer zu bilden. Dem Zentrum kam dieses Bündnis völlig überraschend, denn daran hatte man auch in Baden bis dahin nicht zu denken gewagt, daß die so verfehdete „Ansturzpartei“ von der einst allmächtigen nationalliberalen badischen Regierungspartei als bündnisfähige und damit als gleichberechtigte Partei anerkannt werde. Sogar in den Kreisen der Regierung scheint man nach dem Ergebnis der Hauptwahlen mit einem solchen Bündnis gerechnet zu haben, wenigstens ließen Neußerungen eines offiziellen Artikels im Regierungsorgan eine solche Deutung zu. Der Erfolg des Zusammengehens der Liberalen aller Schattierungen mit der Sozialdemokratie war ein über alles Erwarten glänzender. Das Zentrum konnte bei den Stichwahlen kein einziges Mandat mehr gewinnen und mußte sich damit begnügen, den Konservativen noch zu zwei Mandaten zu verhelfen.

Bernünftigerweise hätte man glauben sollen, die Nationalliberalen würden nun endlich begreifen, wohin ihr Weg führt, wenn sie von ihrer bisherigen Politik nicht ablassen. Das badische Volk hatte — soweit es nicht unter dem Einfluß der reaktionären Parteien steht — seinen Willen mit geradezu elementarer Wucht kundgegeben. Es hoffte, daß nachdem die liberalen Parteien mit der sozialdemokratischen Partei sich bei den Wahlen mit so großem Erfolg zum Kampf gegen die geeinigte Reaktion zusammengefunden hatten, nunmehr auch im Landtag selbst eine dieser Wahltaktik entsprechende Politik sich ermöglichen lasse. Denn nur dadurch war der Ansturm der Reaktion auf die Dauer zurückzuweisen. Anfangs schien es, als ob die Nationalliberalen Vernunft angenommen hätten. Sie bildeten zusammen mit den Linksliberalen eine Fraktionsgemeinschaft und stimmten auch für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten. Damit war aber das politische Zusammenarbeiten zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie erschöpft. Zwar hielten die nationalliberalen Redner manche scharf zugespitzte Abrechnung mit dem Zentrum, aber zwischen Reden und Handeln ist noch ein weiter Abstand. Im wesentlichen wurde die Politik des Landes nicht von den im Wahlkampf zusammengestanden Parteien gemacht, sondern von den Nationalliberalen und dem Zentrum. Daß

dabei daß Zentrum viel mehr auf seine Rechnung gekommen ist, als die Nationalliberalen, versteht sich für den Kenner der Politik von selbst. Alle auf dem letzten Landtag beschlossenen Gesetze tragen den Zentrumsstempel. Bei dieser Sachlage konnte die Regierung nur eine im höchsten Grade zweideutige Rolle spielen, denn eine Mehrheit für eine in bestimmter Richtung zu befolgende Politik stand ihr nicht zur Verfügung. „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“, das war die Losung der Regierung. Im Minister Schenkel verkörperte sich diese Zwitterstellung der Regierung. Obwohl ein Minister wie Herr Schenkel niemals von der Gnade des Zentrums abhängig sein konnte, fing er mit der Sozialdemokratie mutwillig Streit an. Gleichzeitig lag er im Kampf mit dem Zentrum, das ihn im Verdacht hatte, daß er der heimliche Begünstiger des Bündnisses zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie sei. So kam Herr Schenkel zwischen zwei Stühle zu sitzen und fiel auf den Boden, d. h. er mußte seinen Ministerposten quittieren.

An seine Stelle trat Herr v. Bodman. Demselben fiel die Aufgabe zu, die Nationalliberalen wieder von der Sozialdemokratie loszureißen und diese zu isolieren. Das Warnsignal für die Schwenkung der Regierung ließ nicht lange auf sich warten. Der vielbesprochene „Fall Schäufele“ zeigte, aus welchem Loch der Wind der Regierung pfeifen sollte. Eine größere Dummheit als die mit der politischen Maßregelung des Eisenbahnarbeiters Schäufele hat die badische Regierung kaum je gemacht. In der Folge verhandelte Minister v. Bodman mit den Konservativen, um diese zu bewegen, beim Wiederzusammentritt des Landtags für den nationalliberalen Präsidentschaftskandidaten zu stimmen. Auch diese Aktion war so unüberlegt wie die gegen den Eisenbahnarbeiter Schäufele. Minister v. Bodman hätte sich sagen müssen, daß die Nationalliberalen den Konservativen nichts mehr zu bieten haben und daß diese deshalb auch nicht dazu sich verstehen werden, dem Zentrum, das ihnen ohne jede Gegenleistung zu ihren Mandaten verholfen hat, einen bösen Streich zu spielen. Es kam, wie es kommen mußte, Herr v. Bodman erhielt von den Konservativen einen Korb und das Zentrum stellte zum ersten Male den Präsidenten der zweiten Kammer, nachdem die Nationalliberalen zuvor sich geweigert hatten, den von der sozialdemokratischen Fraktion wieder zum zweiten Vizepräsidenten vorgeschlagenen Abg. Geck zu wählen. Damit war der politischen Situation der Stempel deutlich aufgedrückt. Die Regierung begnügte sich aber mit diesen Niederlagen ihrer Taktik gegen die Sozialdemokratie nicht. Gleich bei Beginn der großen Finanzdebatte ergriff Herr v. Bodman die Gelegenheit, mit der Sozialdemokratie eine Abrechnung halten zu wollen. Nach der „berühmten“ Gepflogenheit stützte er sich dabei auf das Zitieren aus sozialdemokratischen Schriften und Zeitungen, ohne dieselben zuvor selbst studiert zu haben. Dabei passierte ihm das Malheur, falsche Behauptungen aufzustellen, die er hinterher selbst als unrichtig anerkennen mußte. Der sozialdemokratischen Fraktion bot dieser Husarenritt des Herrn v. Bodman natürlichen willkommenen Anlaß, den Stil umzudrehen und mit der Regierung und ihrer kompletten Unkenntnis über die sozialistischen Ziele und Forderungen eine gründliche Abrechnung zu halten. Mit dem Resultat dieser Debatte konnte die Sozialdemokratie sehr zufrieden sein, denn selbst die Gegner mußten zugestehen, daß die Regierung

Kliger daran getan hätte, diesen Streit nicht vom Zaune zu brechen. Zu allem kam dann noch die moralische Niederlage, welche die Regierung bei der Interpellation über den „Fall Schäußle“ erlitten hat. Zwar spielte das Zentrum in dieser Sache eine sehr zweideutige jesuitische Rolle, indem es die politische Maßregelung des Eisenbahnarbeiters Schäußle nicht billigte, aber auch nicht ausdrücklich mißbilligte. Natürlich hätte das Zentrum gegen die Regierung ganz anders vom Leder gezogen, wenn es sich statt um einen sozialdemokratischen, um einen Zentrumsarbeiter gehandelt hätte. Die staatsbürgerliche Gleichheit ist dem Zentrum nur dann heilig und unantastbar, wenn es sich um seine eigenen Parteiangehörigen handelt. Dieser politische Jesuitismus gehört zum System der Zentrumspolitik. Einzig die vierköpfige konservative Fraktion billigte das Vorgehen der Regierung im „Fall Schäußle“. So hatte also die Regierung durch ihr jeder politischen Ueberlegung entbehrendes Draußlosgehen auf die Sozialdemokratie nur erreicht, daß nicht diese, sondern sie selbst auf den Isolierschemel zu sitzen kam. Alle Aktionen der Regierung, von sich aus auf eine andere Parteikonstellation bei den kommenden Wahlen hinzuwirken, blieben also erfolglos. Die Regierung scheint das auch eingesehen zu haben, denn ihre Taktik gegen die Sozialdemokratie setzte sie nicht fort, sondern sie ließ den Dingen einfach ihren Lauf. Und am Schlusse des Landtags stellte sogar der Finanzminister — vielleicht der grimmigste Gegner der Sozialdemokratie unter den badischen Ministern — der sozialdemokratischen Fraktion für die von ihr geleisteten Arbeit ein sehr gutes Zeugnis aus. So endete also der mit so großem Getöse in Szene gesetzte Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einem glänzenden Erfolg für dieselbe und mit einer Niederlage der Regierung auf der ganzen Linie.

Neben der Regierung muhten auch die bürgerlichen Parteien anerkennen, daß die sozialdemokratische Fraktion positiv und mit gutem Erfolg sich ihrer parlamentarischen Aufgabe unterzogen hat.

Der Gegensatz zwischen den Liberalen und der Zentrumsparthei ist heute noch derselbe, wie im Jahre 1905. Das Zentrum strebt mit allen, selbst den politisch verwerflichsten Mitteln, im Bunde mit allen Konservativen und sonstigen Reaktionären nach der parlamentarischen Macht im badischen Landtag. Wozu das Zentrum in diesem Kampfe fähig ist, das hat es bei der Nachwahl im Wahlkreis Schopfheim-Schönau gezeigt. Dort hat es einen Mann, der sich zu den Jungliberalen bekannte und selbst für die Aufstellung des Jungliberalen Kandidaten Ries gestimmt hatte, auf den Schild gehoben und unter der Flagge des Bundes der Landwirte diesen Mann in den Landtag zu bugsieren versucht. Es war nur der energischen und sehr erfolgreichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Wähler des Wahlkreises Schopfheim-Schönau zu verdanken, daß die badische Volksvertretung von dieser „Bierde“ eines Volksvertreters verschont geblieben ist. Das Zentrum aber hatte durch diesen Wahlstrich die Karten seiner Taktik für die kommenden Landtagswahlen aufgedeckt. Es wird — das steht heute fest — bei den kommenden Wahlen in all den Kreisen, wo es aus eigener Kraft nicht siegen kann, solche politische von ihm abhängigen Kreaturen der Reaktion unterstützen und seinen ganzen Agitationsapparat für dieselben in Bewegung setzen. Im Wahlkreis Schopfheim-Schönau haben sich die Zentrumswähler zu dem politisch schätzbaren Manöver, Männer ohne jedes politische Rückgrat,

politisch doppelzüngige Naturen mit dem Mandat des Volksvertreters zu betrauen, hergegeben. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben bei dem bevorstehenden Landtagswahlkampf sein, zu verhindern, daß Elemente, die keinen Funken politischen Charakters in sich tragen, nicht mit der Würde des Volksvertreters geschmückt werden. Das wäre eine Schande für das ganze badische Volk.

Die Nationalliberalen werden das freilich nicht verhindern können. Die Führer dieser Partei sind mit politischer Blindheit geschlagen. So lange der wirklich liberale Teil der „liberalen“ Wählerschaft sich nicht aufrafft und einmal gründlich Wandel schafft, wird es der Reaktion leicht sein, ihre Kreise immer weiter auszudehnen. Deshalb ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie und aller ihrer Anhänger, bei den kommenden Wahlen mit dem größten Eifer die Agitation zu betreiben, um in allen Wahlkreisen eine möglichst große Zahl von Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten zu erzielen. Dieser Arbeit hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch ihre ersprießliche und allseits anerkannte Tätigkeit mit gutem Erfolg die Bahn geebnet. Jetzt ist es Sache der Wähler, diesen Erfolg zu krönen, indem sie allüberall für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen, für Aufklärung und Organisation tätig ist. Vor allem muß die sozialdemokratische Presse eine noch größere Verbreitung finden. Je mehr sozialdemokratische Stimmen bei der nächsten Landtagswahl abgegeben werden, um so größer ist die Aussicht, die ultramontan-konservative Gefahr zu bannen und desto eher werden die Nationalliberalen sich dazu verstehen müssen, von ihrer prinzipienlosen Politik abzulassen, denn sonst sind die Tage des Nationalliberalismus auch in Baden, wo er einst allmächtig war, gezählt.

Auch du, lieber Leser, hast die staatsbürgerliche Pflicht, bei den nächsten Wahlen deinen Mann zu stellen. Und wenn du dir die politische Lage in unserm Lande überlegst und die sozialdemokratischen Zeitungen, Flugblätter usw., die man dir unterbreiten wird, aufmerksam und mit Verständnis liest, wirst du zu keinem andern Resultat kommen können, als dem in deinem Bezirk aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten deine Stimme zu geben. Sitzt in Baden die Reaktion einmal im Sattel, dann wird sie auch reiten. Aber dann ist es auch zu spät: Deshalb an die Gewehre, so lange es noch Zeit ist. Tue deine Pflicht, — das bist du dir selbst und dem ganzen Volke schuldig.

Wähle sozialdemokratisch! -h

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags.

Seit dem Jahre 1891 ist die Sozialdemokratie im badischen Landtage vertreten.

Die ersten Vertreter entsandte Mannheim mit August Dreesbach und Dr. Rüdert.

Die jetzige Landtagsfraktion besteht aus 12 Genossen. Die Namen derselben sind: Wechtold, Eichhorn, Dr. Frank, Beck, Horst, Kolb, Kramer, Kräuter, Lehmann, Pfeiffle, Rösch und Süßkind.

Im nachstehenden bringen wir einige biographische Notizen über die Vertreter des Proletariats.

Bechtold, Friedrich, Wirt und Landwirt in Edingen (Amt Mannheim), gewählt im 57. Landtagswahlkreis (Mannheim-Land) mit 2491 Stimmen. Geboren am 17. Juni 1859 in Edingen. Besuchte die Volksschule und machte von 1873—76 seine Lehre als Tabakarbeiter in Edingen durch. Mitglied des Bürgerausschusses seit 1900—1906 und von 1907 bis jetzt. Geschäftsführer des Konsumvereins Edingen seit 1903. Bevollmächtigter des Verbandes deutscher Tabakarbeiter Bremen. Mitglied des Landtags seit 1905.

Sichhorn, Emil, Schriftsteller, in Berlin. Gewählt im 49. Landtagswahlkreis (Pforzheim-Land) mit 2324 Stimmen. Geboren am 9. November 1863 in Köhrsdorf (Sachsen). Besuchte 1870—78 die Volksschule, 1878—80 die gewerbl. Fortbildungsschule und nach bestandener Lehrzeit technische Lehranstalten. Arbeitete als Mechaniker und Elektromonteur im In- und Ausland. Seit 1881 Mitglied der sozialdemokratischen Partei, 1893—1900 an der Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden, 1900—1904 Redakteur der „Mannheimer Volksstimme“, dann Arbeitersekretär in Pforzheim, seit April 1905 badischer Parteisekretär, dabei Mitarbeiter und Korrespondent verschiedener politischer Zeitungen. Seit Juli 1908 Leiter des neuerrichteten Pressebureaus in Berlin. Steht seit den 90er Jahren in den vorderen Reihen der sozialdemokratischen Bewegung, hat wiederholt leitende Stellen in der Parteiorganisation innegehabt. Schrieb mehrere Broschüren agitatorischen Inhalts. Er litt im Dienste der Parteibewegung zahlreiche Geld- und Gefängnisstrafen. Mitglied des Reichstages seit 1903 für den 9. badischen Reichstagswahlkreis. Mitglied des Landtags seit 1901. Mitglied der Budgetkommission.

Frank, Dr. Ludwig, Rechtsanwalt in Mannheim. Gewählt im 41. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Stadt) mit 1828 Stimmen. Geboren 23. Mai 1874 in Nonnenweier (Amt Lahr). Besuchte die Volksschule Nonnenweier und Gymnasium Lahr. Studierte 1893—97 Jurisprudenz in Freiburg i. Br. und Berlin. Promovierte 1899 zum Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg. Diente 1894—1895 beim 5. bad. Infanterieregiment Nr. 113 in Freiburg. Machte 1897 sein erstes, 1900 sein zweites juristisches Staatsexamen in Karlsruhe. Seit 1900 Rechtsanwalt, seit 1904 Stadtverordneter in Mannheim. Mitglied des Reichstages seit 1907 für den 11. badischen Reichstagswahlkreis. Mitglied des Landtages seit 1905. Mitglied der Budgetkommission.

Gesf, Adolf, Buchdruckereibesitzer und Schriftsteller in Offenburg. Gewählt im 48. Landtagswahlkreis (Pforzheim-Stadt) mit 1955 Stimmen. Geboren am 9. Februar 1854 in Offenburg. Besuchte Volksschule und Gymnasium Offenburg. Studierte 1872—1876 in Karlsruhe das Ingenieursfach. Diente 1876—1877 im 5. bad. Infanterieregiment Nr. 113 in Freiburg i. Br. Entlassen mit dem Qualifikationsattest zum Leutnant der Reserve. 1879—1881 Parteisekretär der deutschen Volkspartei in Frankfurt a. M. Gründete 1881 in Offenburg die anfangs demokratische, dann sozialdemokratische Zeitung „Der Volksfreund“. Verbüßte im Dienste der Parteibewegung im ganzen 1½ Jahre Gefängnisstrafe. Gründete 1899 die wöchentliche Chronik „D'r alt' Offeburger“. Seit 1885 Stadtverordneter, seit 1903 zweiter Vorsitzender des Stadtverordnetenverbandes. Mehrjähriger Vorsitzender der sozialdemokratischen Landesorganisation von Baden. Mitglied der Kontrollkommission der sozial-

demokratischen Partei Deutschlands. Mitglied des Reichstages seit 1898 für den 10. badischen Reichstagswahlkreis. Mitglied des Landtages von 1897—1901, 1902—1903 und seit 1905. Mitglied der Geschäftsordnungskommission.

Sorft, Christian, Gastwirt in Durlach. Gewählt im 45. Landtagswahlkreis (Durlach-Stadt) mit 1000 Stimmen. Geboren 6. Januar 1865 in Durlach. Besuchte Volksschule. War von 1879—1903 in Durlach und Karlsruhe als Metallarbeiter tätig. Seit 1898 Stadtverordneter in Durlach. Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins Durlach, des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Mitglied des Landtages seit 1903. Mitglied der Kommission für Eisenbahn und Straßen.

Kolb, Wilhelm, Redakteur in Karlsruhe. Gewählt im 44. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Stadt) mit 2146 Stimmen. Geboren 21. August 1870 in Karlsruhe. Besuchte Volksschule Karlsruhe. Erlernete das Maler- und Tünchergewerbe. Seit 1892 in der gewerkschaftlichen, seit 1893 in der politischen Arbeiterbewegung tätig. Seit 1898 Redakteur des „Volkshfreund“. Seit 1904 Stadtverordneter, seit 1908 Stadtrat in Karlsruhe. Mitglied des Landtages seit 1905.

Kramer, Robert, Geschäftsführer in Mannheim. Gewählt im 59. Landtagswahlkreis (Mannheim-Stadt II) mit 1473 Stimmen. Geboren am 20. Februar 1856 in Nadesburg (Sachsen). Besuchte Volksschule 1862—1870. Erlernete von 1870—73 das Schuhmacherhandwerk. Bereifte 1874—80 als Schuhmachergefelle Deutschland, Oesterreich und die Schweiz. Seit 1880 in Mannheim. Seit 1892 Geschäftsführer des Medizinalverbandes, seit 1893 Stadtverordneter in Mannheim. Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins und des Vereins Deutscher Schuhmacher. Mitglied des Landtages seit 1897. Mitglied der Petitionskommission.

Kräuter, Ernst, Sägenfeiler in Freiburg. Gewählt im 19. Landtagswahlkreis (Freiburg-Stadt II) mit 1611 Stimmen. Geboren am 13. März 1855 in Obertarot (Amt Raftatt). Besuchte 1861—69 die Volksschule. Machte 1869—72 die Lehre als Sägenfeiler durch. 1873—78 auf Wanderschaft. 1878—90 als Geselle, seit 1890 selbständiger Sägenfeiler in Freiburg. Seit 1888 Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins, seit 1901 Vorsitzender der Ortskrankenkasse, seit 1902 Stadtverordneter in Freiburg. Mitglied des Landtages seit 1905. Mitglied der Petitionskommission.

Lehmann, Gustav Adolf, Buchhalter in Mannheim. Gewählt im 58. Landtagswahlkreis (Mannheim I) mit 1901 Stimmen. Geboren am 2. November 1855 in Görzdorf in der Mark (Preußen). Besuchte Volksschule und Fortbildungsschule. Seit 1899 Buchhalter in Mannheim, seit 1905 Stadtverordneter daselbst. Mitglied des Reichstages für Wiesbaden seit 1907. Mitglied des Landtages seit 1903. Mitglied der Budgetkommission.

Pfeiffle, Georg, Redakteur in Mannheim. Gewählt im 55. Landtagswahlkreis (Heidelberg-Land) mit 2958 Stimmen. Geboren am 18. Januar 1864 in Nehl. Besuchte Volksschule Nehl. Machte 1878—81 Lehre als Zigarrenmacher in Nehl durch. Bereifte Süd- und Norddeutschland. Seit 1893 Stadtverordneter, seit 1895 Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes in Mannheim, von 1901—05 Vorsitzender der soziald. Partei Badens. Mitglied des Landtages seit 1905. Mitglied der Kommission für Eisenbahn und Straßen.

Rösch, Ernst Friedrich, Schriftsetzer in Lörrach. Gewählt im 11.

Landtagswahlkreis (Lörrach-Stadt mit Stetten) mit 1116 Stimmen. Geboren am 14. November 1867 in Rötteln (Amt Lörrach). Besuchte die Volksschule. Machte 1882—86 die Lehre als Schriftsetzer in Schopfheim durch. Bereiste Süd- und Norddeutschland. Seit 1893 in Lörrach. Mitglied des Buchdruckerverbandes. Vorstandsmitglied des Soziald. Vereins Lörrach. Mitglied des Landtags seit 1905.

Süßkind, Albert, Kaufmann in Mannheim. Gewählt im 62. Landtagswahlkreis (Mannheim V) mit 2284 Stimmen. Geboren am 29. Jan. 1861 in Alzey (Hessen). Besuchte Realschule Alzey bis 1876, erlernte dann die Kaufmannschaft, diente in Straßburg, bereiste Süd- und Westdeutschland. Seit 1887 in Mannheim, seit 1896 Stadtverordneter daselbst. Mitglied des Landtages seit 1903. Mitglied der Petitionskommission.



Steuerzettel und Kanonen.

Die Abneigung gegen das Steuerzahlen ist eine weitverbreitete Krankheit. Und je größer der Reichtum ist, um so kleiner ist meist die Bereitwilligkeit, dem Staat zu geben, was des Staates ist. Das können wir jeden Tag sehen. Vor ein paar Jahren hat der Fürst von Fürstenberg sich geweigert, von seiner Millionenerbschaft die gesetzliche Abgabe zu entrichten; er prozessierte herum und mußte durch Richterspruch gezwungen werden zu bezahlen. Auch von einem vornehmen Grafen und badischen Gesandten erzählt man, daß er mit der Stadt, in der sein Schloß steht, herumstritt, weil er keine Umlage bezahlen wollte! Diese hochwohlgeborenen Herren suchten sich wenigstens durch juristische Künsteleien zu decken. Aber wie groß ist die Zahl jener Schlauberger, die sich beim Steuerkommisär nicht arm genug hinstellen können und dem Staatsfädel die Einnahmen betrügerisch schmälern! Wenn man allen Steuerdefraudanten ein schwarzes Kreuz auf die Stirn machen könnte, würde es dem Finanzminister ganz schwarz vor den Augen werden. Bei den armen Leuten ist die Sache ganz anders. Bei einem Bäuerlein kennt man genau sein bißchen Feld und den Wert von Hof und Haus und er darf nicht einmal alle Schulden abziehen, die darauf ruhen. Und beim Arbeiter wird einfach die Lohnliste eingefordert und auf Keller und Pfennig herausgeschrieben, was er verdient hat, und danach wird die Steuer berechnet. Aber es genügt den Besitzenden nicht, sich im kleinen um ihren Steueranteil herumzudrücken, sie treiben es vielmehr im großen. Zu diesem Zweck haben sie die indirekten Steuern erfunden. Die Grenzen des Reiches wurden gesperrt und von allen Lebensmitteln, die hereingebracht werden sollen, muß hoher Zoll entrichtet werden. Dadurch werden natürlich die Waren im Lande verteuert und mit jedem Laib Brot, den wir kaufen, mit jeder Tasse Kaffee, die wir trinken, mit jedem Stückchen Zucker, das wir in den Tee werfen, zahlen wir indirekte Steuern. Viele hundert Millionen Mark werden auf diese Weise jährlich ausgebracht. Der Zoll ist gleich hoch für den Millionär wie für den Bettler. Und weil die Reichen nur eine kleine Minderheit sind, werden also diese Steuerbeträge, die man Bölle nennt, von der großen Masse der Besitzlosen entrichtet. Aber die meisten merken gar nicht, wie sie geschröpft werden. Die Unwissenheit der Armen ist der Fels, auf

Dem die Zwingburg der Geldsachherrschaft erbaut ist. Hier ruht auch das Geheimnis eines gewissen „Nationalismus“. Wenn die Kosten für Kasernen und Kriegsschiffe durch die Herren aus ihren Riesenvermögen bezahlt werden müßten, oder wenn sie wenigstens mit ihrem Einkommen zu einer direkten Steuer herangezogen würden, wäre ihr aufdringlicher Eifer für die Verstärkung von Heer und Flotte bald erloschen. Die Sozialdemokraten haben die Forderung direkter, gerechter Abgaben immer vertreten, sind aber von den Wortführern der Geldsacke niedergestimmt worden. In diesem Winter wird sich wieder zeigen, welche Abgeordneten die Schutztruppe der Kapitalisten sind. Die sogenannte Reichsfinanzreform steht zur Entscheidung. Es geht mit der empörenden Schuldenwirtschaft des Reiches nicht mehr weiter. Neue Geldquellen sollen gesucht werden, damit das gewohnheitsmäßige Pumpen aufhört. Aber die Herren von der Regierung und von der liberalen und konservativen Blockkompagnie verkünden schon wieder, daß nach dem alten Rezept geschafft werden müsse. Neue indirekte Steuern sind geplant! Dem Volk soll weiter Sand in die Augen gestreut werden. Aber nicht bloß die Armen werden geschädigt zu Gunsten der Reichen, — es wird Süddeutschland zu Lasten herangezogen, von denen Preußen verschont bleibt. Eine Steuer auf die Elektrizität wollen diese Staatspfuscher einführen in dem Augenblick, in dem die Industrie, die Landwirtschaft und die Eisenbahnen unseres Landes die reichen Wasserkräfte des Oberrheins auszunutzen anfangen. Der deutsche Norden würde von dieser Abgabe nur ganz wenig getroffen werden. Die badische Regierung hat nicht den Willen oder nicht die Kraft, die bedrohten wirtschaftlichen Interessen unserer Heimat gegen die preußische Vormacht zu schützen. Die Sozialdemokratie aber war auf dem Platze und tat ihre Pflicht; im Landtag wie in ihren Zeitungen und Versammlungen hat sie gegen diese ungerechte und unsinnige Steuer, die eine Fessel für die Entwicklung des Gewerbes wäre, zum Kampfe aufgerufen.

Ludwig Frank.



Die Taubenwirtin.

Skizze von Anton Fendrich.

Im grünen Wiesengrund, der sich wie ein gleichmäßiges Becken hell von der dunklen Umrahmung der Tannen abhebt, lag das Dörfchen Wildau. Das große Wirtshaus zur Taube sah stolz von einer Anhöhe herab, die sich mitten aus dem Wiesengrund erhob.

Die Taube von Wildau war in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts im ganzen Schwarzwald bekannt. Noch mehr aber die Taubenwirtin. Während des ganzen Morgens konnte man sie fast alle Stunde einige Minuten unter der Tür stehen sehen, von der aus man das ganze Dörfchen überblickte. Sie war ein Frau von bedeutenden Dimensionen, und doch nicht unproportioniert. Aus dem Gesicht leuchtete eine rotbackige Entschlossenheit. Für sie gabs nur ein „ja“ oder „nein“. Die gewaltigen, nackten Arme, die rot und kernig von den weißen Wauschärmeln abstachen, waren achtungsgebietend, das gestickte Nieder, sowie der

nur bis zu den Knöcheln reichende Rock, die weißen Strümpfe und die schwarzen Pantoffeln gaben ihr trotz ihrer fünfundsünfzig Jahren etwas Jugendliches und Frisches. Wenn sie so alle Stunde sich unter die Haustüre stellte, so war das nur, um dem Dampf der großen Küche zu entfliehen und etwas Luft zu schnappen. Es war Sommer und die alten Kurgäste aus der Residenz waren wieder da. Da war des Sähneschlächters und Forellensieders kein Ende.

Es war überhaupt eine sonderbare Geschichte mit den Sommerfrischlern in der Taube. Das waren lauter Leute aus der Beamtenwelt, die einmal der absoluten Ruhe und um wenig Geld des Leibes pflegen wollten. Dem Taubenwirt, der ein Mann von höflichen Umgangsformen war, die er sich beim Uhrenhandel in England erworben hatte, war es eine Ehre, so vornehme Leute seit Jahren als Gäste zu haben. Er konnte nicht genug sein Köpfelein listen. Die Taubenwirtin dagegen sah die Sache von einem ganz anderen Standpunkte aus an. Sie hatte eine tiefe Verachtung für alles Städtische, und wenn sie mit der Viertelmillion Vermögen, welche sie und ihr Mann an Wald, Wiesen, Vieh und Hausrat besaßen, auch nicht prozte, so ließ sie es die Herrschaften doch manchmal merken, daß sie die Herren Rechnungsräte mit Gemahlinnen usw. für drei, vier Wochen einfach „ordentlich herausfüttere, damit es wieder vorhalte für ein Jahr“. Daß sie ihren Pensionsbetrieb jedes Jahr mit einem Defizit abschloß, das verhehlte sie auch gerade nicht; aber die Herzlichkeit, die in ihrer Verbtheit steckte, versöhnte die alten Gäste immer wieder.

Als sie heute wieder ihre Luftschnapperpause machte, da fiel diese länger aus als gewöhnlich. Der lebenslustige, resolute Zug auf ihrem Gesicht war fast verschwunden. Sie sah hinab nach der Schmiede, wo der Schmiedfranz auf einen glühenden Radreifen hieb, daß die Funken wie Feuerwerk stoben.

„Wenn er halt nur kein lediges Kind wär! Ich gäb ihm schon mein Marieli. Aber so?“ Dies alles dachte sie und sagte dann plötzlich, indem sie ganz energisch in der Haustüre Kehrt machte, ohne merkwürdigerweise mit den Ellenbogen anzuschlagen: „Nix ischs! 's bleibt dabei! Der Schmied soll sich eine andere suchen.“

In der gleichen Zeit sah oben aus der Dachkammer ein sonnenverbranntes, schwarzäugiges Maidli nach der Schmiede hinunter und lugte dem Funkensprühen des Schmiedfranz zu. Ihre Gedanken und Gefühle schloß sie ähnlich wie ihre Mutter ab, indem sie sich ebenfalls umwandte, mit dem rechten Absatz heftig auftrat, daß die alten Dielen der Kammer krachten und zweimal laut dazu sagte: „Und i nimm kein andere — und i nimm kein andere!“

Am dem gleichen Abend saßen an dem langen „Herrentisch“ in der Taube, an dem oberen Ende, wo in der Ecke das Kreuzifix hing, etwas ärgerlich die Taubenwirtin, der Herr Rechnungsrat aus der Residenz und der Herr Oberlehrer aus Frankfurt. Sie langweilten sich, weil der Herr Kaplan immer noch nicht zum üblichen Stat erschienen war. Und der alte Taubenwirt, der in der Wirtsstube herumtänzelte, spielte nicht. Auf einmal fing der Rechnungsrat, nur um etwas zu reden, an:

„Seau Taubenwirtin, warum seid Ihr denn eigentlich republikanisch gesinnt?“

Die Taubenwirtin stemmte ihre beiden Arme in die Hüften, sah den Rechnungsrat scharf an und meinte:

„Es könnte nicht gut ausfallen für die Herren und für die Fürsten, wenn ich davon anfinge.“

„Na, na, Frau Taubenwirtin,“ bemerkte erstaunt der Professor, der ein Norddeutscher war.

Nach fuhr die Replik aus dem Munde der Wirtin:

„Und für d' Preußen täts erst recht schlecht ausfallen!“

„Dann aber los, Frau Wirtin, da bin ich wirklich neugierig . . .“ sagte der gutmütige Rechnungsrat. In diesem Augenblick verschwand der Taubenwirt durch die hintere Türe. Er war 15 Jahre älter als seine Frau und kannte ihr „meisterloses Maul“.

Die Taubenwirtin machte ein gleichgültiges Gesicht und meinte trocken:

„Mir kanns recht sein!“

Fast wie eine Drohung hatte das geklungen.

Dann fing sie ganz langsam an und sah hie und da auf den Tisch, als ob sie aus dem gewürfelten Tischtuch Erinnerungen herauslesen wollte:

„Ihr wißt, Ihr Herren, was Anno 48 im Badischen los gewesen ist. Da, grad so um die Zeit, wo es Anno 49 noch einmal anfing, fuhr ich als sechzehnjähriges Mädchen mit meinem Vater über Freiburg hinab nach Offenburg. Zweimal im Jahr machte der Vater, der mit Korn und Vieh handelte, diese Fahrt. Da eines schönen Morgens — ich glaube es war in Kürzell — wurden wir ganz früh — ich habe noch nicht einmal meine Böpfe gemacht gehabt — durchs Militär überrascht, das zum Dorf hereinzog. Das waren die Preußen, welche die Freischärler aus ihrem eigenen Land herausjagen sollten. Auch in die Wirtschaft, wo wir übernachteten, sind sie gekommen und haben gestohlen wie die Raben. Milch, Butter, Fleisch, Speck, nichts haben sie verschont und sind noch dazu saugrob gewesen und haben eine Sprach geredet, die kein Christenmensch verstanden hat. Auf einmal sehe ich da, wo das Durcheinander am größten war, unter einem großen Lindenbaum, einen Trompeter. Er gab zuerst ein Signal und verkündete dann mit lauter Stimme, in einer halben Stunde hätten alle volljährigen Männer des Dorfes auf dem Plage zu sein. Richtig, der Platz füllte sich, und auf einmal ritt einer daher, — so ein ganz hoher, hab ich gedacht, muß es sein —, und sagte vom Pferd herunter den Bauern alle Schand. Die Söhne der Bauern, die zu den Freischärlern gegangen seien, wären Verräter und Strolche! Ha, wenn ich ein Mannsbild gewesen wär, dem hätt ichs gesagt! Aber die Mannsbilder sind mit dummen Köpfen herumgestanden und habens Maul gehalten. Gelupft hats mich ordentlich innerlich, denn mein älterer Bruder, der Johann, war auch mit den Freischärlern gegangen, und da waren fast nur rechtmäßige Leute dabei. Und dann später, als wir wieder daheim waren, im Schwarzwald, da kam eine preußische Patrouille auch durch Wildau und suchte nach Freischärlern. Dem Vater sind sie fast an den Kragen gegangen, weil er nicht sagen wollte, wo mein Bruder war. Das Gewehr und den Säbel von ihm hab ich im Kamin zwischen den Speckseiten versteckt gehabt. Sie habens gefunden und die Waffen mit den Speckseiten mitgenommen. Dann haben sie geflucht wie die Türken, alles zu unterst zu oberst gemacht und uns gedroht, wir würden alle erschossen.“

Sie sah ihre Zuhörer nun scharf an, um die Wirkung ihrer Erzählung von den Gesichtern der zwei Männer abzulesen. Der biedere Rechnungsrat machte eine Miene, als ob er sagen wollte:

„Ja, ja, das sind böse Zeiten gewesen, aber das ist doch jetzt vorbei.“
Der Frankfurter Oberlehrer war gereizt, hielt es aber angesichts des niederen Pensionspreises für besser, zu schweigen und ein sauer süßes Gesicht zu machen.

Als ob sie die Gedanken des Rechnungsrats gelesen hätte, unterbrach die Taubenwirtin die etwas ungemütliche Stille mit den Worten:

„Ja, Herr Rechnungsrat, was man halt jung erlebt hat, das vergißt sich nicht mehr, und je älter man wird, desto mehr stehts wieder vor einem. Mir wenigstens geht es sol — So, und jetzt wissen die Herren, warum ich republikanisch bin. Der Großherzog und seine Frau sollen ja sonst ganz rechtschaffene Leute sein, aber ich glaub, es ging auch ohne sie.“

Der Oberlehrer war nun in Wirklichkeit, nicht nur aus finanziellen Rücksichten, sprachlos. Der Rechnungsrat kannte solcher resoluter Schwarzwälderinnen noch mehrere und freute sich an dem Entsetzen seines Nachbarn.

Fast hätte man den Skat ganz vergessen, als plötzlich die Türe aufging und darin der Herr Pfarrverweser erschien. Sein rötliches fettes Gesicht zeugte von guter Nuzung und gediegenem Trunk.

„Wäre schon lange gekommen“ — sagte der junge Mann, indem er sich verbindlich die Hände rieb, „aber die Seelsorge geht vor.“

„Machen Sie keine Sprüche und setzen Sie sich auf Ihre vier Buchstaben,“ rief ihm gebieterisch und ohne besondere Rücksicht auf den Stand des runden, jungen Seelsorgers zu nehmen, die Taubenwirtin zu. Sie konnte sich das erlauben; denn die vielen Körbe mit Wein, Gähnen und sonstigen schmachhaften Dingen, die aus der Taube schon ins Pfarrhaus gewandert waren, hatten dem Seelsorger längst alle pfarrherrliche Autorität über die Taubenwirtin genommen.

Um den für ihn gerade nicht günstigen Eindruck dieser kräftigen Einladung zu verwischen, fing das Pfarrherrlein an:

„Ihr unterschätzt die Sorge um meine Pfarrkinder; ich bin ein geplagter Mann. Und das schlimmste ist, daß die Verderbnis auch von außen in unser stilles, trautes Dörfchen getragen wird.“ — Dabei neigte er wehmütig sein rotes, glattrastertes Köpfchen leise nach der linken Seite und sah mit den Augen gottergeben in die Höhe. Die drei Zuhörer waren aufs äußerste gespannt. — Schwer klangen aus seinem kleinen verschmitzten Munde die Worte:

„Die Sozialdemokratie hat ihren Einzug in Wildau gehalten.“ Und pathetisch fügte er hinzu: „Aber ich werde diese Pest auszurotten wissen . . . Würbele, ein Schoppen!“ . . . So schloß der offenbar der Stärkung bedürftige Pfarrverweser seine Mitteilung.

Als das Schenk mädchen, das schon lange gewartet hatte, dem Herrn Pfarrer ein mächtiges Glas goldigen Weins gebracht, fragte die Wirtin trocken:

„Was ist auch das, die Sozialdemokratie?“ Und mit einem Achselzucken setzte sie hinzu: „Es wird auch nicht so schlimm sein, wie Ihr da macht, Herr Pfarrer.“

Jetzt wurde der Pfarrverweser ernst und streng vor sich hinsehend sagte er:

„Die Religion wollen sie zerstören, die Ehe auflösen, und durch Gewalt sich in den Besitz des Geldes der Begüterten setzen.“

Die Taubenwirtin schaute zuerst den Rechnungsrat, dann den Ober-

Lehrer und zuletzt den Pfarrverweser an, schlug dann mit der Hand leicht auf den Tisch und sagte:

„Graft, genau exakt, das nämliche haben sie Anno 48 und 49 von den Freischärlern gesagt und es ist dazumal auch nicht wahr gewesen. — Was sagen Sie dazu, Herr Rechnungsrat?“

Der Rechnungsrat gehörte zu jenen Stillen im Lande, wie es deren viele im Badischen gibt. Er erklärte der Taubenwirtin, was die Sozialdemokraten für Absichten hätten und schloß:

„Sie wollen nichts Unrechtes, die Frage ist nur, ob sie es erreichen.“

Der Pfarrverweser wurde nun dunkelrot; aber bevor er losplätzen konnte, kam ihm die Taubenwirtin mit der Frage zuvor:

„Ja, was ist jetzt das für ein Pestfranker, der Sie so in Aufregung bringt? Ihr kriegt einen Kopf wie unserm schwarzen Godel sein Kamm!“

Ohne diesen wenig respektvollen Vergleich zu beachten, erklärte der Pfarrverweser mit unterdrückter Wut:

„Frau Taubenwirtin, das ist der Schmied brunten, der Franz. Ich weiß, Sie hätten Ihre Tochter diesem Menschen nie zur Frau gegeben, aber jetzt ist es mir eine Beruhigung zu wissen, daß es nun sicher nicht geschieht.“

Die Taubenwirtin machte, als ob sie die letzten Worte nicht gehört hätte und sagte anscheinend gleichgültig:

„Schau, Schau, der Schmied-Franz!“

Dann nahm sie das Kartenspiel, ließ das Spielbrett bringen und verteilte die Karten mit der Bemerkung, man sei doch eigentlich zu einem Skat beisammen und nicht zum unnötigen Diskutieren.

Bei dem Spiel war sie merkwürdig zerstreut, während sie sonst eine ganz gefürchtete Hereinlegerin war. Nach einigen Runden meinte sie, es sei Zeit für sie, ins Bett zu gehen.

Am andern Morgen hatte schon ganz in der Frühe die Taubenwirtin den Hirtenbus zum Schmied geschickt, es sei am Stall eine Tür aus der Angel, er solle nur gleich kommen. Eine Viertelstunde darauf saß die Taubenwirtin auf dem breiten Rand des aus einem langen Tannenstamm geschnittenen Brunnentrogs und vor ihr stand fast wie ein Schulbus der Schmied-Franz. Seine mächtige Gestalt schien vor dem ernststen Blick der Taubenwirtin kleiner zu werden und auch sein stolzes, kantiges Gesicht war fast demütig geworden. Er mußte eine Ahnung haben, daß jetzt sich sein Schicksal erfüllen werde. Die Taubenwirtin fing ohne alle Einleitung an:

„Schmied-Franz, 's gilt ein ernstes Wort zwischen uns. Ich weiß, ein Dackmäuser bist du nicht, aber diesmal mußt du deinen ganzen Mann stellen. Ist es wahr, daß du ein Sozialdemokrat bist?“

Dem Schmied-Franz ward nicht ganz wohl. Es dauerte aber nur einige Augenblicke, daß er schwankte zwischen der Wahrheit und der Liebe. Denn sagte er die Wahrheit, so war das Marieli seiner Ansicht nach für ihn verloren. Fast wie vor einem militärischen Vorgesetzten antwortete er, ganz einerlei, was für ihn daraus entstehe:

„Sawohl, Taubenwirtin.“

Die Taubenwirtin fragte wieder:

„Franz, du bist ein ehrlicher Mensch, sei's auch jetzt und sag mir: Was wollen die Sozialdemokraten?“

Der Franz war während des Sozialistengesetzes drei Jahre in Zürich

gewesen und es fiel ihm nicht schwer, der Taubenwirtin das kurz und bündig zu erklären.

Da kam die dritte Frage:

„Franz, hast du mein Marieli auf eine ehrliche Art lieb? Weißt du, es ist mein einziges Kind!“

Darauf konnte der Schmied-Franz, so leicht eine Antwort auch war, keine geben. Eine einzige Träne rollte ihm über das verruhte Gesicht. Ganz unwirsch über seine Unmännlichkeit, sagte er barsch:

„Das wißt Ihr so gut als ich, Taubenwirtin.“

„Mußt nicht zornig werden, Franz!“ sagte die herbe Frau und nahm ihn an der Hand. „Wenns Marieli über Nacht nicht anderen Sinnes geworden ist, dann könnt Ihr zwei im Spätherbst heiraten.“

Als Franz aus seinem Erstaunen über den unerwarteten Ausgang dieses Frühgesprächs erwachte, war er allein. Die Taubenwirtin war still weggegangen. Wie das alles gekommen war, konnte er sich nicht vorstellen; aber als er wieder drunten in der Schmiede stand, da hieß er darauf, daß die kleine, ruhige Werkstatt wie ein Sternhimmel sprühte.

Die Taubenwirtin war durch den Futtergang hinter das Haus gegangen. Dort sah sie das Marieli oben auf der frischgemähten Wiese Wäsche abnehmen. Der Wind hatte über Nacht die Wäsche getrocknet und fuhr jetzt noch in die Hemden und Unterhosen, daß es eine Freude war, und selbst mit den kurzen Röcken vom Marieli trieb er einen verwegenen Unfug. Aber niemand sah das, als die Mutter, die sich in aller Heimlichkeit über ihr stolzes Mädli freute.

„Marieli!“ — rief die Mutter hinauf. Da drehte sich das Mädchen um. Der frische Tau eines Menschenlebens lag auf seinem Gesicht. Seine braungebrannte Haut und das Blitzen sprühender Lebensfreude in ihren dunklen Augen überraschten in diesem Augenblick sogar die Mutter, die doch schon stolz genug auf ihr Kind war. Mit drei Säßen war das Marieli bei der Mutter unten. Diese nahm ihr Kind an der Hand, zog es vertraulich zu sich heran und sagte ihr ganz nüchtern:

„Marieli, du kannst den Schmied-Franz heiraten.“

Obwohl der Frau das Herz fast zersprang, ging sie auch jetzt anscheinend so gleichgiltig weg, als ob sie vom Kochen geredet hätte.

Das Marieli aber tat einen Zauchzer, daß die Kühe, die in der Nähe weideten, verwundert ihre Köpfe hoben.

Am gleichen Abend, als es schon dunkel war, sah die alte Taubenwirtin auf der Bank unter einer großen Eberesche zwei sitzen. Kurze Zeit nachher kam das Marieli in die Gaststube und hatte auf seiner linken Wade verdächtige Flecken, die von Ruß herrühren konnten. Das war der klarsehenden Taubenwirtin ein Zeichen, die Heirat möglichst zu beschleunigen, damit das lang zurückgehaltene Feuer nicht allzu stark um sich greife. Das Marieli aber erhielt dennoch, bevor es zu Bett ging, eine Standrede über die Sitten einer Jungfrau, daß es bis zur Heirat nicht wieder mit Rußflecken im Gesicht heimkam.

Im Herbst war Hochzeit. Des Pfarrers Bedenken waren durch häufigere Sendungen in die Pfarrküche zerstreut worden. Nie hatte man in der Wildauer Gegend ein stolzeres Brautpaar gesehen.

Die Taubenwirtin aber ist jetzt schon seit einigen Jahren gestorben. Es gibt heute solcher Frauen nicht mehr viele auf dem Schwarzwald.

Ihr Andenken ehrt der Schmied-Franz dadurch, daß er auch jetzt, wo er selber Taubenwirt ist, offen die Farbe der Liebe und der Freiheit bekennt: „rot!“ —



Das neue Vermögenssteuergesetz.

Die Gesetzgebungsmaschinerie arbeitet bekanntlich sehr langsam. Mehr als 20 Jahre sind dahingeflossen, bis die schon im Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts als notwendig anerkannte Reform des sogenannten Ertragssteuer-systems in Angriff genommen wurde. Endlich wurde dem Landtag 1905/1906 eine Vorlage seitens der Regierung vorgelegt und nach langen mühevollen Beratungen in den beiden Häusern des Landtags kam das **Vermögenssteuergesetz** zustande. Das Sprüchwort: „Was lange währt, wird endlich gut“, hat sich aber in diesem Gesetzgebungswerk nicht bewahrheitet. Kaum daß es in Kraft getreten war, erhoben sich landauf landab Stimmen der Unzufriedenheit, die namentlich in den Städten sehr laut erschallten und das mit Recht.

Alle Gesetze, bei deren Schaffung einseitige wirtschaftliche Interessen rücksichtslos in den Vordergrund geschoben werden, wirken ungerecht. Das gilt ganz besonders für unser neues badisches Vermögenssteuergesetz. Hier hat man die Interessen der städtischen Bevölkerung und vor allem die des Gewerbes und der Industrie zugunsten derjenigen des platten Landes sehr schwer benachteiligt. Niemand wird es der Landwirtschaft vergönnen, wenn in gebührender Weise auf die mißlichen Verhältnisse Rücksicht genommen wird, wie sie durch die weltwirtschaftliche Entwicklung in den letzten 30 Jahren über unsere deutsche Landwirtschaft gekommen sind und am allerwenigsten kann man es wünschen, daß die Landwirtschaft treibende Bevölkerung ungerecht und hart besteuert wird. Aber ebenso ungerecht ist es, wenn dem Teil der Landwirte das Steuerzahlen geschenkt wird, der Steuern zahlen kann und wenn man zu diesem Zwecke andere Bevölkerungs- und Erwerbs-schichten härter besteuert, als sie es verdienen. Das aber hat man mit dem neuen Vermögenssteuergesetz getan.

Dieses neue Gesetz unterwirft grundsätzlich das liegenschaftliche Vermögen in allen seinen Teilen der Besteuerung; ebenso das Betriebsvermögen. Ferner soll das bewegliche Vermögen, soweit es nicht unter das Betriebsvermögen fällt, also z. B. das Forderungskapital, der Besteuerung unterliegen. Ausgeschlossen von der Besteuerungspflicht sind der Staat und die Groß-Zivilliste, obwohl die letztere viel eher in der Lage wäre, Vermögenssteuer zu bezahlen, als alle übrigen Steuerpflichtigen des badischen Landes. Würde die Zivilliste zur Besteuerung herangezogen, was nur recht und billig wäre, so würde der badische Staat alljährlich ein hübsches Stümmchen mehr an Steuern einnehmen.

Um die Vermögenssteuer an Stelle der bisherigen Ertragssteuern einführen und erheben zu können, mußten ganz neue Kataster aufgestellt werden. Dies war wieder nur möglich, indem die Liegenschaften samt Gebäuden im ganzen Lande neu eingeschätzt wurden. Wie notwendig das war, zeigte die kolossale Zunahme der Vermögenswerte, wie sie durch die Neueinschätzung in Stadt und Land sich herausstellte. Freilich sind bei dieser Neueinschätzung auch in vielen Fällen

Über schätzungen unterlaufen und zwar in der Stadt sowohl als auch auf dem Lande. Das wird aber wohl bei keiner Schätzung zu vermeiden sein. Die Neueinschätzung gab also die Grundlage ab für die neuen Vermögenssteuerkataster. Nun hat man aber bei der Schaffung dieses Gesetzes den Kardinalfehler begangen, daß man das Vermögenssteuergesetz machte, bevor die neuen Kataster, auf Grund deren die Vermögenssteuer erhoben werden sollte, fertiggestellt waren, sodaß man die Wirkung des Gesetzes nicht so voraussehen und berechnen konnte, wie es bei einem solchen Gesetz absolut notwendig gewesen wäre. Daher zeigt sich schon jetzt die auffallende Erscheinung, daß die begeistertsten Anhänger dieses erst im Jahre 1906 gemachten Gesetzes die Notwendigkeit einer baldigen Reform anerkennen müssen. „Meister, das Stück ist fertig, wir können mit den Reparaturen beginnen.“ heißt es hier. Sodann hat das Gesetz den weiteren Fehler, daß es den Steuerfuß gesetzlich festlegt. Bei den direkten Steuern aber sollte der Steuerfuß beweglich sein, so daß, wenn man eine Erhöhung oder Ermäßigung eintreten lassen will, nicht jedesmal die ganze Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzen muß.

Jedes Steuergesetz sollte und müßte auf dem Boden der Gerechtigkeit aufgebaut sein. An der Spitze aller Steuergesetze soll und muß die Einkommensteuer stehen. Die Sozialdemokratie fordert die progressivste, d. h. mit der steigenden Größe des Vermögens auch prozentual steigende Besteuerung des Einkommens. Je größer das Einkommen, um so prozentual höher sollte die Besteuerung sein. Wer 100 000 Mark Einkommen jährlich hat, kann viel leichter 20 000 Mk. d. h. 20 Prozent Steuer bezahlen, als derjenige, der von 1000 Mk. 5 Mk., d. h. 0,5 Prozent Steuer bezahlt, denn der erstere zahlt die Steuer von seinem Ueberfluß und hat trotzdem noch 80 000 Mk. Einkommen, während der Mann mit 1000 Mk. die 5 Mk. Steuer von seinem Notwendigsten abknapsen muß. Je ungerechter die Einkommenssteuer ist, um so ungerechter und drückender müssen auch die anderen Steuern, vor allem die Vermögenssteuer sein, das ist klar. Geld braucht der heutige Staat auf alle Fälle und zwar sehr viel. Je mehr er aber die Reichen bei der Einkommenssteuer schon, desto schwerer muß er die Schaffenden und Besitzlosen sowohl direkt als insbesondere indirekt besteuern.

Dem neuen Vermögenssteuergesetz hätte also eine Neuordnung unseres Einkommenssteuergesetzes vorausgehen müssen, wodurch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer bedeutend hätten erhöht werden können. Dann hätte man bei der Vermögenssteuer nicht die Schuldenbesteuerung in dem Umfange beibehalten müssen, wie es leider geschehen ist, denn Schulden sind in den meisten Fällen eben Schulden und kein Vermögen.

An ein neu und gerecht geordnetes Einkommenssteuergesetz hätte sich dann das reine Vermögenssteuergesetz ergänzend anschließen müssen. Dann hätte man alle Vermögen, gleichviel wo sie sich befinden, erfassen und besteuern können. Zwischen den Besitzenden darf gerechterweise bei der Vermögenssteuer kein Unterschied gemacht werden, der verschiedene Ertrag des Vermögens wird ja durch die Einkommenssteuer berücksichtigt. Das hat man aber bei der neuen Vermögenssteuer nicht beachtet. Die landwirtschaftlichen Vermögen hat man bei der Steuerveranlagung degressiv, d. h. am Vermögenswert hat man Abschreibungen gemacht, während das industrielle Vermögen progressiv wurde, d. h. man hat es höher eingeschätzt, als sein wirklicher

Wert beträgt. Wenn jemand aus seinem Vermögen eine geringere Rentabilität zieht, so zahlt er selbstverständlich auch weniger Einkommenssteuer, als derjenige, dessen Vermögen gut rentiert. Hätte man also das Prinzip der reinen Vermögenssteuer ohne Unterschied der Besitzart anerkannt, so hätte man konsequenterweise auch nicht mehr die Besteuerung der auf dem Vermögen lastenden Schulden aufrecht erhalten können. Wer auf seinem Haus oder Grundstück im Werte von 100 000 Mk. 80 000 Mk. Schulden hat, der hat eben kein wirkliches Vermögen von 100 000 Mk., sondern nur ein solches von 20 000 Mk. Das neue Gesetz läßt den Schuldenabzug aber nur bis zur Hälfte der Schulden zu und das auch nur bei der staatlichen Vermögenssteuer, während bei der Gemeindesteuer die sämtlichen Schulden auf Liegenschaften und Grundstücke besteuert werden müssen.

Die Sozialdemokraten haben in der zweiten Kammer den Antrag gestellt, daß alle Vermögen unter 3000 Mark steuerfrei bleiben sollen, daß aber dann auch alle Vermögen über 3000 Mk. besteuert werden sollen. Dadurch wären die gering Bemittelten und Vermögenden, gleichviel welcher Berufsart sie zugehören, steuerlich gleich geworden. Der Antrag wurde aber von den beiden großen Parteien abgelehnt. Die Folge war, daß das Gesetz die größten Ungerechtigkeiten enthält. So wird der Gewerbetreibende in Stadt und Land schon von 1000 Mk. ab bei den Betriebskapitalien zur Steuer herangezogen, während bei der Landwirtschaft die Betriebskapitalien erst von 20 000 Mk. ab versteuert werden. So kommt es, daß in ganz Baden von den Hunderttausenden von Landwirten ganze 117 Betriebskapitalien versteuern. Und dazu kommt weiter, daß bei den landwirtschaftlichen Betriebskapitalien Abschreibungen bis zu 60 Prozent erfolgen, so daß ein reicher Landwirt mit 20 000 Mk. Betriebsvermögen nur 8 000 Mark versteuert, während der kleine Gewerbetreibende schon von 1000 Mk. ab sein Betriebsvermögen versteuern muß. Ferner sind bei der Landwirtschaft die Futter-, Saat- und Düngervorräte von der Besteuerung ausgeschlossen, während der Gewerbetreibende seine noch nicht bezahlten Warenvorräte und Rohstoffe versteuern muß. Welcher gerecht denkende Landwirt wird eine solche Ungerechtigkeit gutheißen wollen? Man kann doch auch bei der Landwirtschaft nicht mehr verlangen, als daß die schwachen Schultern geschont, die starken aber belastet werden. Ein landwirtschaftliches Betriebsvermögen von 10 000 bis 20 000 Mk. steuerfrei lassen, den Handwerker aber zwingen, seine nicht bezahlten Rohstoffe zu versteuern, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Ist es eine Belastung, wenn ein Landwirt mit einem Betriebsvermögen von 20 000 Mk. 20 Mk. Steuern dafür entrichtet? So schlecht rentiert die Landwirtschaft sicher nicht.

31

Ferner hat man die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften mit weniger als 50 000 Mk. Betriebskapital steuerfrei gelassen. Gut so, wir sind damit einverstanden. Haben aber die Arbeiterkonsumvereine nicht denselben Anspruch auf steuerliche Gerechtigkeit? Wenn ja, warum hat man ihnen nicht dieselbe Vergünstigung gewährt? —

So hat das neue Vermögenssteuergesetz an allen Ecken und Kanten Mängel und Fehler in Hülle und Fülle.

Es ist ein echtes Zentrumsmachwerk zur Verblendung der ländlichen Bevölkerung. Niemand hat die kleinen und mittleren Land-

wirte steuerlich ungerecht belasten wollen, am allerwenigsten die Sozialdemokratie, die alle Vermögen unter 3000 Mk. von der Steuer befreit haben wollte. Aber das Zentrum lebt von der künstlichen Berklüftung der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Wohin diese Politik führt, zeigt die steigende Unzufriedenheit in den Städten. Immer neue und höhere Steuern, dazu die künstliche Lebensmittelverteuerung, die den Staat Millionen kostet, an welchen auch wieder die Landwirtschaft ihr Teil tragen muß. Wo soll das hinaus? Unser Volk hat in seinen Massen keine solche auseinandergehenden Interessen, ganz im Gegenteil. Stadt und Land müssen, soweit sie nicht zu den „oberen Zehntausend“ gehören, zusammenstehen, denn sonst wird dem Bauer, wie dem Arbeiter und dem Gewerbetreibenden, das Fell über die Ohren gezogen.

Die Sozialdemokratie fordert steuerliche Gerechtigkeit für alle, ohne Unterschied, ob sie in der Stadt oder auf dem Lande ihren Erwerb haben. Der kleine Bauer soll steuerlich geschont werden, wie der Arbeiter und kleine Handwerker. Der reichen Bauern aber die Steuern schenken, ist ungerecht und geschieht auch nur wieder zum Schaden des Kleinen Bauern, dem man dann auf andere Weise, ohne daß er es merkt, das Geld aus der Tasche holt.

Deshalb, ihr kleinen und mittleren Landwirte, macht die Augen auf und laßt euch durch das Blendfeuerwerk des Zentrums nicht immer wieder betören. Das Zentrum gibt den Kleinen immer erst dann, wenn es den Großen zuvor schon 10 mal mehr gegeben hat. Es spielt den Freund der Kleinbauern ebenso wie den der Herrenbauern, den Beschützer der Arbeiter und gleichzeitig den Freund des Kapitalisten. Letzten Endes sind aber die Kleinen, ob Bauer, Arbeiter oder Handwerker, die Betroffenen. „Haltet den Dieb!“ rufen die Diebe. So macht's das Zentrum in der Politik. Es schreit, schimpft und lügt über die Sozialdemokratie, damit es um so leichter und bequemer seine doppelzüngige Politik treiben kann. Aber — der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht. Der Zentrumskrug wird auch einmal brechen, je eher, um so früher unsere Landwirte die Schliche der Zentrums politik durchschauen.

—b.



Ihr Kleingläubigen.

Als vor fünfzehn Jahren der Graf Zeppelin sich nach Geld umjah, um sein lenkbares Luftschiff zu bauen, da wurden in einem Erlaß seine früheren Kameraden, alles hohe Offiziere, gewarnt, etwas für ihn zu zeichnen. Denn, so hieß es in dem Erlaß, es sei von Sachverständigen festgestellt, daß die Zeppelinschen Ideen absolut nichts taugten.

Am 1. Juli 1908 ist der Graf mit seinem Luftschiff von Friedrichshafen über Schaffhausen, Zürich nach Luzern und wieder zurück an den Bodensee gefahren. Und der deutsche Kaiser hat ihm den ersten telegraphischen Glückwunsch geschickt. So ändern sich die Zeiten.

Der große griechische Philosoph Plato war fest überzeugt, daß die Menschheit ohne Sklaven nicht auskommen könne. Denn wer wollte die

Steinmühlen drehen, in denen der Weizen zu Mehl gemahlen wird? So fragte er.

Heute mahlen gewaltige Riesenwerke in einer Stunde hunderte von Zentnern Korn und Sklaven gibt es trotz des weisen Plato keine mehr.

Als Galilo Galiläi entdeckt hatte, daß die Erde sich um die Sonne und nicht die Sonne, wie man bis dahin geglaubt hatte, um die Erde drehe, da wurde er von einem Gericht von Kirchenfürsten zum Widerruf seiner Behauptung gezwungen. Und der Mönch Giordano Bruno, der die gleiche Ansicht vertrat wie Galiläi, wurde wegen Ketzerei in Rom verbrannt.

Heute bekommt jeder Schulbub in der sechsten Volksschulklasse, der nicht weiß, daß die Erde sich um die Sonne dreht, einen Fünfer. Mit Recht.

Als Fulton sein erstes Dampfschiff auf einem kleinen Fluß in Nordamerika fahren ließ, hielten ihn die Leute für verrückt. Heute fährt man auf Dampfern, die schwimmenden Palästen gleichen, in nicht ganz fünf Tagen von Hamburg nach New-York.

Als Stevenson in England mit der ersten Dampflokomotive Versuche machte, konnte ein Bäuerlein gar nicht verstehen, daß man so gefährliche Sachen unternehmen wolle. Vorwurfsvoll fragte er Stevenson: „Ja, und wenn jetzt einmal eine Kuh auf dem Geleis steht, wenn die Lokomotive kommt?“ — „Desto schlimmer für die Kuh!“ antwortete Stevenson.

Heute sind die Bauern froh, daß sie mit den Zügen ihre Kartoffeln, ihren Tabak, ihren Wein fortschicken können, und wer von Mannheim nach Basel fahren will, braucht dazu drei Stunden. Früher hat man drei Tage gebraucht und an hundert Gulden Reisegeld.

Als der Wiener Professor Semmelweis entdeckte, daß das Kindbettfieber, das noch in den sechziger Jahren einen großen Teil der Mütter das Leben kostete, nur durch die Unreinlichkeit der Ärzte und der Hebammen entstehen könne, wurde er von seinen Kollegen für verrückt erklärt, verfolgt und aus seinem Amt gedrängt. Der Kampf um seine Entdeckung gegen neidische und böswillige Gegner hat ihn ins Irrenhaus gebracht.

Heute hat Semmelweis ein Denkmal in Wien mit der Unterschrift: „Dem Wohltäter der Menschheit“. Und wenn ein Student, der Arzt werden will, im Examen nichts von Semmelweis weiß, dann fällt er durch.

Als vor dreißig Jahren der Fürst Bismarck beim Reichstag das Gesetz gegen die Sozialisten erzwang, da wurden die Sozialisten für Faulenzer und Mörder gehalten, die nichts wollten als mit den Reichen teilen, und wenn das Geld versoffen war, wieder teilen und so fort.

Heute hat die Sozialdemokratie Hunderte von geachteten Männern als Vertreter in den Parlamenten und Tausende in den Gemeinden.

Als im letzten Jahre Ignaz Auer in Berlin beerdigt wurde, gaben ihm Zehntausende von Menschen das Geleite; und als sie in Mannheim

August Dreesbach zu Grabe trugen, hielt ihm der jetzt auch verstorbene Oberbürgermeister Otto Beck, der größten Stadt unseres Landes, eine Grabrede, wie sie keinem Minister schöner gehalten wird.

Und wenn man euch nun sagt, ihr Kleingläubigen, daß man in hundert Jahren auf unsere Zeit zurücksehen wird, wie wir auf die Zeit vor hundert Jahren und länger zurücksehen, wo die Landeskinder von den Fürsten um Geld ans Ausland verkauft wurden, wo man den Bauern das reisende Korn aus lauter Mutwillen zuschanden ritt und sie, wenn sie sich beklagten, noch mit den Hundsnägeln hegte, dann werdet ihr auch wieder lachen oder die Köpfe schütteln und das alles nicht glauben!

Es wird euch immer vom Glauben gepredigt! Wenn es nur etwas nützte. Wenn ihr nur einmal gläubiger würdet und an den Fortschritt und die Zukunft der Menschheit glaubtet. Denn durch nichts in der Welt ist so viel geschadet worden, durch nichts wird das Erdenglied so aufgehalten, als durch eure Kleingläubigkeit! A. B.



Arbeiterkonsumvereine und landwirtschaftliche Genossenschaften.

In früheren Jahren haben die Gegner der Sozialdemokraten den Landwirten vorgeredet, „die Sozialdemokraten wollen mit euch teilen, wollen euch von Haus und Hof verjagen“. Heute glaubt das Märchen vom Teilen auch kein Bauer mehr. Jetzt wird es mit anderen Lügen versucht. Jetzt heißt es: „Die Sozialdemokraten wollen nicht haben, daß der Bauer für seine Sache etwas löst, damit sie die Sachen billig erhalten und der Bauer arm wird und dann auch zu den Sozialdemokraten kommt.“

Immer wieder taucht die Lüge auf: „Die Sozialdemokratie sei der Todfeind der Bauern“. Unsere Gegner sehen mit einer gewissen Angst, wie auch bei den kleinen Landwirten sich immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin des arbeitenden Volkes in Stadt und Land ist, ganz gleich, ob der eine als Bauer und der andere in der Fabrik arbeitet. Wir wollen jedem die Frucht seiner Arbeit sichern.

„Ja, ihr seid aber Gegner der Schutzzölle und somit Gegner der Landwirtschaft,“ höre ich manchen sagen. Gewiß sind wir Gegner der Schutzzölle, aber deswegen noch lange keine Feinde der Landwirtschaft.

„Durch die Schutzzölle sind aber die Preise gestiegen und meine Einnahmen haben sich gehoben,“ sagen die Landwirte. Gewiß sind die Preise gestiegen, aber nicht nur für die Sachen, welche der einzelne zu verkaufen hat, sondern für alles, auch für das, was man kaufen muß. Weil eben Zoll auf allen Industrieprodukten und auch auf allen Nahrungsmitteln, die bei uns nicht gepflanzt werden können, liegt. All die kleinen Landwirte, die wenig oder gar nichts zu verkaufen haben, müssen beim Einkauf von Geräten, Kleidern und Nahrungsmitteln, sowie der Futtermittel bedeutend mehr an Zoll bezahlen, als sie beim Verkauf des Getreides oder anderer Sachen Nutzen haben. Man hat die Zölle erhöht auch für die Sachen, welche jeder Landwirt kaufen muß. Nutzen von den Zöllen haben nur

die Großgrundbesitzer und die großen Fabrikanten. Zahlen müssen die Kleinen. Man hat die Zölle und Steuern auf alle Bedarfsartikel erhöht, damit die Reichskasse gefüllt werden kann, ohne daß die reichen Leute Steuern bezahlen.

Gäße das deutsche Reich nicht über tausend Millionen jährlich Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf Lebens- und andere Bedarfsartikel, so müßten unsere Reichen eben Einkommen- und Vermögenssteuer an das Reich bezahlen und um dies zu verhüten, mußten die Zölle und indirekten Steuern erhöht werden und in diesem Winter werden sie wieder erhöht werden, da die Regierung weitere 400 Millionen braucht und die Reichen, welche keine Steuern zahlen wollen, im Reichstage die Mehrheit haben.

„Was bietet ihr uns aber statt der Schutzzölle?“ werdet ihr uns fragen. Hier sei zunächst bemerkt, daß die Sozialdemokratie in den Landtagen überall alle die Mittel bewilligt hat, welche zur Förderung der Landwirtschaft verlangt wurden.

Als das wirksamste Mittel sehen wir aber die genossenschaftliche Organisation an. Das Musterland der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist Dänemark. Ein kleines Land, das vor 50 Jahren eine so verschuldete Landwirtschaft hatte, daß man kaum noch auf Rettung hoffte. Da im Lande nur wenig Industriearbeiter waren, hatten die Bauern keinen Absatz für ihre Produkte. Auf die ausländischen Märkte konnte der einzelne nicht verkaufen. Die Bauern mußten nehmen, was ihnen die Händler gaben. In der höchsten Not griffen einsichtige und opfermutige Männer zur genossenschaftlichen Organisation. Heute hat Dänemark die am höchsten entwickelten landwirtschaftlichen Konsumvereine und auch wirtschaftlich den bestgestellten Bauernstand. Maschinen, die der einzelne nicht beschaffen kann, beschafft die Genossenschaft. Alles, was der einzelne braucht, wird gemeinsam bezogen. Man findet nicht in jedem Dorf eine Anzahl Händler und Krämer. Die einzelnen Genossenschaften schließen sich wieder zu Verbänden zusammen, um die Artikel im großen einzukaufen, um Fabriken zu errichten, in welchen die landwirtschaftlichen Produkte weiter verarbeitet werden. An der Zentrale liefert der einzelne sein Vieh ab. In großen Schlächtereien wird Dauerwurst und Rauchfleisch hergestellt und nach dem Ausland verschickt. An die Zentrale liefert er seine Butter, seine Eier, kurz alles, was er zu verkaufen hat, ab und die Angestellten der Genossenschaft verschicken es nach den entfernten Märkten. Wir finden in Dänemark den Ein- und Verkauf und zum Teil auch schon den Betrieb genossenschaftlich geregelt.

Diese Entwicklung war aber nur durch die umfassende Staatshilfe möglich. Neben der Unterstützung der Genossenschaften tat der dänische Staat alles, um dem Kleinbauer zu helfen. Zu niedrigem Zinsfuß erhält der einzelne und die Genossenschaft Geld vom Staat. Die landwirtschaftlichen Produkte werden auf der Bahn zu äußerst niedrigen Sätzen befördert. Für solche Unterstützung tritt auch die Sozialdemokratie ein. Förderung des Genossenschaftswesens, Förderung der landwirtschaftlichen Fachschulen, Errichtung von Saatgutanstalten, billige Verkehrsmittel, Geld zu niedrigerem Zinsfuß und mögliche Ausschaltung des Zwischenhandels, das sind die Hauptforderungen, welche wir im Interesse der Landwirtschaft erheben.

„Aber wie wollt ihr den Zwischenhandel ausschalten?“ lautet jetzt die Frage. Der Zwischenhandel kann nur ausgeschaltet werden, wenn auf

der einen Seite die Landwirte sich zum Verkauf zusammenschließen und auf der anderen Seite die Konsumenten zum Einkauf organisiert sind. Der einzelne Landwirt muß entweder mit einem geringen Quantum zu Markte fahren ohne nur zu wissen, was er dafür erhält oder aber er verkauft an einen Händler. Der Arbeiter oder Beamte in der Stadt, welcher nicht im Konsumverein ist, muß wieder beim Händler kaufen. Der Zwischenhändler sucht selbstverständlich möglichst billig einzukaufen und teuer zu verkaufen, so kommt es, daß der Bauer oft nicht so viel erhält, als der oder die Händler verdienen und der Konsument doch einen hohen Preis zahlen muß, da der Lebensunterhalt auf die Preise geschlagen wird. Auf acht erwachsene Personen kommt in Deutschland eine handelstreibende Person.

Die dänischen Genossenschaften haben ihre besten Abnehmer an den englischen Arbeiterkonsumvereinen. Diese englischen Konsumvereine haben ihre eigenen Schiffe, welche die Waren in Dänemark holen. Sie haben ihre eigenen Bäckereien, eigenen Mühlen, eigenen Schlächtereien. Hier ist direkter Bezug ohne Zwischenhandel. Der Bauer erhält den Preis, der seiner Mühe und Arbeit entspricht und der Arbeiter kann doch noch zu einem annehmbaren Preise kaufen.

Die deutschen Landwirte brauchten die Konsumvereine nicht im Auslande suchen. Wir haben im Inland schon eine stattliche Zahl von Konsumvereinen mit 1½ Millionen Mitglieder. Wir haben noch etliche Millionen Arbeiter und andere Konsumenten, die noch außerhalb der Konsumvereine stehen. Aber auch bei diesen kommt immer mehr die Einsicht, daß sie sich als Konsumenten organisieren müssen. Es gibt auf beiden Seiten tüchtig zu arbeiten, um den Zusammenschluß zu erreichen. Die Tüchtigsten müssen sich an die Spitze stellen.

Aber auch bei den Wahlen heißt es die Augen aufgemacht. Auch unsere Gegner sprechen heuchlerisch davon, daß der Zwischenhandel die Waren verteuere, aber sie tun nichts, um dem Zwischenhandel entgegenzuarbeiten. Im Gegenteil, gerade die Parteien, welche sich als besonders bauernfreundlich geberden, Zentrum, Konservative und Nationalliberale, haben in den Landtagen schon wiederholt für Steuern gestimmt, durch welche die Konsumvereine erdroffelt werden sollen. Auch in Baden ist der Ruf schon wiederholt ertönt. Es sind auch schon Stimmen laut geworden, welche sich gegen die landwirtschaftlichen Konsumvereine aussprechen. Man wettert in Versammlungen gegen den Zwischenhandel, um den Bauern und den Arbeitern zu gefallen. Hinterrücks dreht man den Konsumvereinen „im Interesse der Händler und Krämer“ den Strick.

Wer gegen die Genossenschaft ist, der ist ein Feind der kleinen Landwirte und der Arbeiter zugleich. Wenn die Landwirte als Produzenten und die Arbeiter als Konsumenten sich organisieren, dann ist das wirtschaftliche Band geschaffen, welches das arbeitende Volk in Stadt und Land verbindet. Ist erst dies wirtschaftliche Band geschaffen, dann wird auch die politische Feindschaft schwinden und wenn sich das arbeitende Volk geeinigt hat, dann wird es auch auf gesetzgeberischem Gebiet diejenigen Reformen durchführen, welche zu einer gesunden Entwicklung für unser Volk notwendig sind.

Eines dürfen wir aber nicht vergessen. Wenn die Genossenschaften gut gedeihen sollen, dann müssen wir tüchtige Leiter haben. Um tüchtige, fähige Menschen zu erziehen, sind gute Schulen, vor allem auch gute Fach- und Fortbildungsschulen notwendig. Auch in diesem Punkt ist Dänemark

musterfähig. In diesem kleinen Lande bestehen 75 Volkshochschulen, welche im Winter von den Bauernjöhnen und Töchtern besucht werden, zum Teil auf Kosten der Genossenschaften.

Die Genossenschaft bringt Fortschritt. Darum rufen wir den Arbeitern und den Landwirten zu: Tretet ein in die Genossenschaften, arbeitet tüchtig mit und helft immer höhere genossenschaftliche Ziele erringen.

W. E.



Der Kampf um die Rente.

Von Arbeitersekretär Richard Böttger, Mannheim.

Nicht übermäßig mit Reichtümern gesegnet, aber doch glücklich, lebte Josef Würzbacher mit Weib und Kind in seinem Heimatdorfe, einem der idyllisch gelegenen Landgemeinden des badischen Odenwaldes. Reicht und schlecht ernährte ihn seine Scholle. Wenige Morgen Land, ebensoviel Wiesen, 4 Stück Großvieh hatte ihm sein Vater als Erbe hinterlassen. Das Leben Josefs glich einem ewigen Einerlei. Der Kampf ums Dasein, ums Wohl der geliebten Frau, um die Zukunft des vergötterten Kindes, ließen kaum andere Gedanken, als an die Arbeit, in dem biederen Landmanne aufkommen. Was draußen in der Welt sich inzwischen abspielte, der große Kampf der arbeitenden Klasse um eine bessere Existenz, ließ Josef kalt. Was kümmerte ihn all das, was die Versammlungsredner erzählten, die von Zeit zu Zeit die sozialdemokratische Partei ins Dorf schickte. Das waren wohl übertriebene Redensarten, wenn von der Notlage und unsicheren Existenz der arbeitenden Bevölkerung gesprochen wurde. Das war wohl nicht wahr, wenn erklärt wurde, daß der Staat seine LandesKinder in Zeiten des Unglücks, der Not, im Stich ließ. Ihm, dem Josef Würzbacher, war doch bekannt, daß er und mit ihm jeder andere gegen jede Unbill des Schicksals geschützt war. Er war, weil Besitzer einer Landwirtschaft, Mitglied der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Er zahlte alljährlich und pünktlich seine Prämien. Infolgedessen war es auch die Berufsgenossenschaft, die für allen Schaden, der ihn einstmals durch einen Unfall treffen sollte, aufkommen mußte. In diesem guten Glauben sollte leider unser Josef bald getäuscht werden.

Zum August 1906 war es, als den Hof des schaffensfreudigen Landmanns, ein gellender Silberruf durchklang. Beim Abladen der reifen Frucht stürzte Josef Würzbacher von seinem Wagen. Er schlug mit dem Kopfe derart auf den steinigen Boden der Scheuer, daß er bewußtlos liegen blieb. Niemand eilte herbei, dem Bedauernswerten beizustehen. Die Frau Würzbacher war draußen auf dem Felde beschäftigt. Auch die Nachbarn des bäuerlichen Grundstücks hielt die Erntearbeit fern. Die starke Natur Josefs trug vorerst den Sieg davon. Nach einer Stunde etwa, kehrte die Besinnung soweit wieder, daß er imstande war, sich über den Hof zu schleppen, — auf allen Vieren freilich. In seiner Wohnstube warf er sich aufs Bett und wartete der allzunotwendigen Hilfe. Hierbei mögen ihm wohl die Gedanken gekommen sein: Was wird aus meiner Ernte, wer wird sie in die Scheuer bergen? Wird für mich auch während der Krankheit gesorgt sein?

Wegen dem langen Ausbleiben ihres Mannes besorgt, eilte die Frau Würzbacher vom Felde der Wohnung zu. Hier fand sie den Ver-

unglückten in der geschilderten Lage. Ein Arzt war schnell zur Stelle. Zufälligerweise wohnte im Dorfe ein solcher. Ein Glück, daß er nicht auswärts zu Krankenbesuchen war. Die Untersuchung ergab einen linksseitigen Unterschenkelbruch, sowie komplizierte innere Verletzungen. Das waren keine guten Aussichten. Grund genug, das seitherige sonnige Glück zu verschneiden. Mit der Erntearbeit und der vielen anderen landwirtschaftlichen Tätigkeit war es vorerst vorbei; die mußte durch fremde Hilfe fertig gestellt werden; das würde ein schönes Stück Geld kosten. Von einem Gewinn für dieses Jahr wohl nicht zu reden; da mußten wohl oder übel die paar Sparpfennige angegriffen werden. So schwarz malte sich Josef die Zukunft aus. Doch kam es ihm wie eine Erleichterung, als er an seine Mitgliedschaft bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft dachte. Jawohl, die war ja da, für was zahlte er denn alljährlich seine hohe Prämie. Gewiß, die würde für allen Schaden aufkommen.

Die Unfallanzeige wurde durch den Ratschreiber bald gemacht. So gut der Verunglückte sich des Vorgangs erinnern konnte, gab er den Unfall an. In guter Hoffnung auf baldige Hilfe, ging das Protokoll über den Unglücksfall der Berufsgenossenschaft, die in der Residenz ihren Sitz hat, zu. Woche auf Woche verstrich. Die Genesung Josef Würzbachers machte nur langsame Fortschritte. Nach Entfernung des Gipsverbandes mußte er wie ein Kind das Laufen wieder lernen. Hierzu kam noch, daß auch die Kopfverletzung einen schweren krankhaften Zustand zurückgelassen hatte. So ging das erste Vierteljahr herum. Der Herbstwind pfiß über die Stoppelfelder. Die Ernte mußte, wie sie war, losgeschlagen werden; denn zum Dreschen der Frucht war Josef nicht in der Lage. Er war so hilflos wie sein zweijähriger Knabe, der, wie er, die ersten Gehversuche machte. Seine Frau war im Haushalt und zu seiner Pflege unentbehrlich. Das Stümchen, das er von seinem Vater geerbt, die paar Mark, die er hinzu erworben; beides schmolz angesichts der vermehrten, durch die Krankheit bedingten Ausgaben, wie Schnee in der Sonne. Warum kam auch die erhohnte Hilfe von der Berufsgenossenschaft nicht? Der Herr Pfarrer, der ihn öfters besuchte, hatte doch wiederholt erzählt, daß der Staat ihn, den braven Landwirt, nicht im Stiche lassen werde. Habe doch Kaiser Wilhelm einstmals bestimmt, daß er dafür sorgen wolle, daß unschuldig in Not geratenen Arbeitern geholfen wird.

Da endlich, fast wollte Josef an der Glaubwürdigkeit des geistlichen Herrn zweifeln, traf das erste Schriftstück von der Berufsgenossenschaft ein. Nun mußte alle Not ein Ende haben. Sein Schaden würde ersetzt, mit Hilfe des Herrn Doktors würde er auch wieder gesund werden. In dieser Meinung erbrach er den Brief aus der Residenz. Doch was war das? Da stand ja das Gegenteil von dem, was er erhofft. War es ein Trugbild seiner krankhaften Phantasie, oder war es Wirklichkeit? Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch auf Rente ab, weil der Unfall, der ohne Zeugen geschehen, nicht erwiesen sei. Des ferneren könne angenommen werden, daß es sich um einen Unfall des täglichen Lebens als auch einen solchen hauswirtschaftlicher Tätigkeit handle. Wenn er, der Josef Würzbacher, mit dem Bescheide nicht einverstanden sei, so könne er innerhalb 14 Tagen beim Bürgermeisteramt oder bei der Berufsgenossenschaft Einspruch einlegen. Wie Schuppen fiel es dem armen Krüppel von den Augen. Das war also die viel gepriesene Wohltat, die der Vater Staat für einen unschuldig an Leib und Seele erkrankten Bürger übrig hatte. Mit Stütze und Krückstock wurde der Weg zum Gemeindehaus

zurückgelegt. Nochmals gab Josef Würzbacher den Hergang des Unfalls, so wie er es in der Unfallversicherungsanzeige getan, zu Protokoll. Mit schwacher Hoffnung auf eine gute Wendung verließ er den Ratsschreiber.

Woche auf Woche verstrich, schon war der vierte Monat nach jenem Unglückstage vergangen. Der Verletzte war immer noch unverrichteter Sache. Da endlich, nachdem er mittels Einschreibebriefes die Berufsgenossenschaft an ihre Pflicht mahnen ließ, traf ein zweiter Bescheid ein. Der Inhalt dieses Schreibens war nicht besser, als der des ersten. Wiederum Ablehnung des Rentenanspruches. Die Berufsgenossenschaft sehe sich nicht veranlaßt, ihren Standpunkt zu ändern. Wenn er, der Verunglückte, mit der Abweisung nicht einverstanden sei, so könne er innerhalb vier Wochen nach der Zustellung des Bescheids, beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Berufung einlegen. Diese Nachricht verfehlte ihre niederschmetternde Wirkung nicht. Durch den Unfall, namentlich den Sturz auf den Kopf, mußte das Nervensystem Würzbachers notgelitten haben. Durch die Aufregungen der letzten Tage, der Sorge um das Wohl der Familie, angesichts der zunehmenden Notlage, trat eine Beräuscherung des Leidens ein, so daß eine Ueberführung in das Krankenhaus der naheliegenden Amtsstadt notwendig wurde. Das ehemals so glückliche Heim des schaffensfreudigen Bauersmanns glich nun einer Stätte des Kummers und Jammers. Die ehemals leuchtenden Augen der schmutzen Bäuerin waren vom Weinen gerötet. Bleich und fahl zeichnete die Sorge um den lieben Gatten die einst so rosigen Wangen.

Also Berufung an das Schiedsgericht. Ein Prozeß mußte gegen die Berufsgenossenschaft geführt werden. Wer sollte diesen in die Hand nehmen? Zum Glück befand sich der Patient im Krankenhaus eines Arbeiters, der im nahen Steinbruch des Dorfes beschäftigt und vor Jahren ins Dorf gezogen war. Wohl war dieser als ein „Sozz“ verschrien, dennoch war er ein grundehrlicher Kerl, der in der Welt draußen etwas gesehen und gelernt hatte. Er war so klug wie ein Advokat, dabei stets vom guten Willen beseelt, sein Wissen in den Dienst seiner Mitmenschen zu stellen. Zu diesem Manne schickte der Verunglückte seine Frau, mit den Schriftstücken der Berufsgenossenschaft. Bereitwillig erklärte sich dieser zur Hilfe bereit. Der „Steinhauersozz“ wußte schon, wo er sich hinwenden hatte. Draußen in den großen Städten, allda wo die Organisationen der Arbeiter eine Macht bilden, bestehen Arbeitersekretariate, welche die Interessen der Unfallverletzten in die Hand nehmen. So machte sich denn der Sachwalter der Familie Würzbacher einen Tag von der Arbeit frei und fuhr in die große Stadt, direkt zum Arbeitersekretär, der sich wiederum zur kostenlosen Vertretung im Unfallprozeß bereit erklärte. Würzbacher mußte eine Vollmachterklärung einsenden. Der Prozeß nahm seinen Anfang. Die Berufung wurde beim Schiedsgericht in doppelter Ausfertigung eingereicht. Es wurde beantragt, die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer den Unfallfolgen entsprechenden Rente zur Verurteilen. Der Unfall als solcher sei durch den ärztlichen Befund festgestellt. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß im menschlichen Leben sehr große Unglücksfälle ohne Zeugen geschehen. Der gute Reumund des Verletzten bürge dafür, daß er bei der Unfallanzeige die Wahrheit gesagt, daß es ihm fern liege, sich unrechtmäßig in den Genuß einer Rente zu setzen. Es müsse dem Verletzten voller Glauben für seine Angaben entgegengebracht werden. Für die Glaubwürdigkeit des Verletzten berief sich der bevollmächtigte Arbeiterssekretär auf das Reumunds-

zeugnis, das in einwandfreier Form vom Bürgermeisteramt der Heimatgemeinde des Verletzten zugestellt war.

Die Verhandlung vor dem Schiedsgericht fand statt. Ein höherer Regierungsbeamter, zwei Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und ebenjoviel aus den Reihen der Arbeiter, hatten über die Berufung zu entscheiden. Nach Gegenrede des Vertreters der Berufsgenossenschaft und des Anwalts des Verletzten wurde das Urteil verkündet. Die Berufsgenossenschaft war für schuldig erklärt, an den verunglückten Würzbacher, die nach dem Unfallversicherungsgesetz für die Forst- und Landwirtschaft vorgesehene Rente zu zahlen. Das war das erste lichte Moment in der Leidensgeschichte unseres Josef Würzbacher. Es war auch die höchste Zeit, denn schon wurde die Not im Hause des Verletzten immer größer; seit August war der Ernährer krank, die Familie ohne jedes Einkommen. Das Guthaben an der seither fälligen Rente war notwendig, um die bereits entstandenen Schulden zu zahlen. Einer solch prompten Erledigung sollte sich jedoch der Verunglückte, der mittlerweile das Krankenhaus verlassen und mit Mühe und Not gering lohnende Arbeit verrichten konnte, nicht erfreuen. Im Januar, also fast ein halbes Jahr nach jenem Unfall, traf endlich wieder ein Vorbescheid und vierzehn Tage später ein berufungsfähiger Bescheid ein. Auf diesem Schriftstück war die Berechnung der Rente vorgenommen. Was nach den gesetzlichen Bestimmungen bezahlt werden mußte, war herzlich wenig, Grund und Ursache genug, Josef an der Gerechtigkeit in der Welt zweifeln zu lassen. Was ihm da nach halbjährigem Warten und Prozesserei angeboten wurde, war nur ein verschwindender Bruchteil des wirtschaftlichen Schadens, den er durch den Unfall erlitten. Um die körperlichen Schmerzen und Nachteile kümmerte sich kein Mensch. Das Gesetz für die Land- und Forstwirtschaft schreibt vor, daß erst von der 13. Woche nach dem Unfälle Unterstützung zu zahlen ist. Das erste Vierteljahr war also der Verunglückte sich selbst überlassen. Einer Krankenkasse gehörte er nicht an. Er mußte den Arzt für die Behandlung der ersten 13 Wochen selbst bezahlen. Krankengeld erhielt er keinen Pfennig. Was mit Beginn der 14. Woche bezahlt wurde, war, wie gesagt, nur ein Teil des seither entstandenen Schadens.

Als Grundbetrag, nach dem die Rente des Verletzten berechnet wurde, schreibt das Gesetz den 300fachen Jahresbetrag des ortsüblichen Taglohns für den Amtsbezirk vor. Dieser ortsübliche Taglohn war vom Bezirksamt, zu dem die Gemeinde Würzbachers zählt, auf 2 Mark festgesetzt. Der Jahresbetrag somit 600 Mark. Unbegreiflicher Weise wurde nicht etwa aus 600 Mark die auszahlende Rente herausgerechnet, sondern aus der sogenannten Vollrente, das sind $66\frac{2}{3}\%$ aus 600 Mark, somit 400 Mark. Das war ein Segeneinmaleins, dessen Sinn Josef nicht verstand, von seinem Freund, dem „Steinhauerjazz“, als ungerechte Lücke im Gesetz bezeichnet wurde. Die Berufsgenossenschaft taxierte die Folgen durch den Unterschenkelbruch auf 40 %. Von den Beschwerden durch den Sturz auf den Kopf war in dem Feststellungsbescheid keine Rede. 40 % von 400 Mark war also die ganze vorläufige Entschädigung; das sind 160 Mark jährlich oder 13,33 Mark pro Monat. Ein Betrag zum Verhungern. Weil der Verunglückte mit dieser Entschädigung nicht einverstanden sein konnte, mußte die Berufsgenossenschaft von neuem verklagt werden. Wieder war es der getreue Eckhard der Familie Würzbacher, der diesmal mit Josef zusammen zum Arbeitersekretär in die große Handelsstadt fuhr. Alle Schriftstücke wurden mitgenommen. Der Be-

amte der organisierten Arbeiter teilte den Standpunkt seiner Besucher. Auch er war überzeugt, daß nach Lage der Sache und Akten eine Entschädigung von 40 % der bestehenden Erwerbsbeschränkung nicht entspreche. Bemerkte sei, daß der Verletzte für die Zeit der Krankenhausbehandlung in der Amtsstadt für seine Person keine Rente erhielt. Seine Frau und seinem Kinde wurden je 20 % aus dem Jahresarbeitsverdienst (600 Mark) zugewilligt. Die Berechnung entspricht einer monatlichen Rente von 20 Mark. Hiergegen war nichts zu machen. Die Festsetzung war nach dem Gesetze richtig. Ein Glück für den Verletzten, daß die damalige Verschlimmerung seines Leidens und die Unterbringung in das Krankenhaus nicht in die ersten 13 Wochen fiel; andernfalls hätte seine Familie nicht nur nichts bekommen, er hätte auch noch die Kosten der Heilbehandlung im Krankenhaus bezahlen müssen. So gingen sie zu den Lasten der Berufsgenossenschaft.

Seitens des Arbeitersekretariats wurde nunmehr erneut beim gleichen Schiedsgericht Berufung gegen den Rentenfestsetzungsbescheid eingereicht und zwar insoweit, als die Rente von 40 % in Frage kam. Die Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes entsprach den gesetzlichen Bestimmungen, hiergegen ließ sich nichts tun. Im Berufungsantrage wurde eine Rente von mindestens 75 % verlangt. Es wurde angeführt, daß die Entschädigung von 40 % kaum für den Schenkelbruch — vorerst wenigstens — ausreiche, viel weniger könne sich der Verletzte, unter Hinweis auf das durch den Unfall erzeugte Nervenleiden, zufrieden geben. Zur Beweisführung wurde die nochmalige Untersuchung und zwar durch einen Spezialarzt für Nervenfranke beantragt. Dem Antrage wurde stattgegeben. Josef Würzbacher wurde am Tage der Schiedsgerichtsverhandlung — es war mittlerweile April geworden — zum Nervenarzt geladen. In Gemeinschaft mit seinem Vertreter, dem Arbeitersekretär, wohnte er der Verhandlung des Gerichts bei. Der ärztliche Sachverständige, derselbe, welcher Josef kurz vorher untersuchte, gab sein Gutachten ab. In eingehender wissenschaftlich begründeter Weise entrollte er ein Bild der Krankheit des Verletzten. Die Vermutungen wurden zur Tatsache. Der Sturz auf den Kopf hatte tatsächlich ein Nervenleiden ausgelöst, für das die Berufsgenossenschaft schadenersatzpflichtig gemacht werden konnte. Die Erwerbsbeschränkung, die durch dieses festgestellte Leiden bedingt wurde, schätzte der Arzt auf mindestens 30 %. Unter diesem, für den Prozeß günstigen Umstand, war es für den Vertreter des Klägers ein leichtes, das Gericht von der Unzulänglichkeit der berufsgenossenschaftlichen Entschädigung zu überzeugen. Die Berufsgenossenschaft war diesmal im Termin nicht erschienen. Nach kurzer Beratung des Richterkollegiums wurde das Urteil gesprochen. Es lautete auf Zahlung einer Rente von zusammen 70 %. Ein Erfolg, mit dem der Verletzte sowohl, als dessen Vertreter vollauf zufrieden sein konnte. Eine Rente von 70 % entsprach einem Monatsbetrag von 23,33 Mark gegen 13,33 Mark der ersten Rentenfestsetzung.

Einigermassen erleichtert eilte Josef Würzbacher seinem Dorfe zu, hoffend, nun endlich mit der Berufsgenossenschaft Ruhe zu haben. So leichtem Kaufs sollte sich der Verletzte jedoch seines Erfolges nicht erfreuen. Statt der erhofften Geldsendung für rückständige Rente, traf ein Brief der Berufsgenossenschaft ein, in welchem dem verblüfften Josef mitgeteilt wurde, daß die 70 %ige Rente erst vom Tage der Schiedsgerichtsentscheidung gezahlt werde. Die Berufsgenossenschaft mache von dem Rechts-

mittel des Rekurses Gebrauch. Wenige Wochen später traf denn auch tatsächlich ein weiteres Schreiben vom Gericht ein. Diesmal hatte aber nicht das Schiedsgericht, sondern das Landesversicherungsamt, mit seinem Sitz in der Residenz, über die Unfallsache Würzbacher zu entscheiden. In ihrer Rekursbegründung bestritt die Berufsgenossenschaft den Zusammenhang des Nebenleidens mit dem Unfälle. Durch einen Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft sei festgestellt, daß in der Familie Würzbachers vor Jahren ein Fall von Geistesgestörtheit vorgekommen sei. Es sei deshalb anzunehmen, daß es sich um eine erbliche Belastung handle. Mit einem Fluche warf Josef Würzbacher den Brief des Landesversicherungsamts auf den Tisch. Ihm sei jetzt alles gleich, meinte er zu seiner Frau. Die Berufsgenossenschaft und mit ihr das Rekursgericht in der Residenz könne jetzt mit seinem Unfälle machen, was sie wollten; er werde deshalb keinen Finger mehr rühren. Eine derartige Haß um die paar Mark sei Grund genug, um den Verstand ganz zu verlieren; zur Hälfte sei er schon durch den Sturz in der Scheuer zum Teufel.“ So machte der Bedrängte seinem Herzen Luft. Andern Tags, nach einer Nacht ruhiger Ueberlegung, kam er aber zu dem Schluß, der Berufsgenossenschaft nicht so leichtem Spiels das Feld zu räumen. Den gleichen Standpunkt teilte sein neuer Freund, der „Steinhauerjock“. Wieder eine Reise zum Arbeitersekretariat, war das Ergebnis der beiderseitigen Besprechung. Der Arbeitersekretär war des Rekurses wegen weniger erstant, als sein Mandant. Das sei üblicher Brauch, meinte er. Wer eine Rente wolle, müßte manches schlucken, auf einen Gang zum Gericht, zum Arzt oder aufs Amt, dürfte es dem Verunglückten nicht ankommen.

Josef wurde mit guter Hoffnung auf Erfolg auch in der Rekursinstanz entlassen. Der Arbeitersekretär sandte eine Gegenschrift an das Landesversicherungsamt, wobei er nochmals auf die Tatsache des Sturzes auf den Kopf als auch das wissenschaftlich begründete Gutachten des Vertrauensarztes des Schiedsgerichts hinwies. Der Einwand der Berufsgenossenschaft bezüglich der erblichen Belastung sei grundlos. Der angeführte Fall von Geistesgestörtheit betreffe einen entfernten Verwandten des Verletzten. Außerdem sei auch die je Krankheit durch eine äußere Einwirkung entstanden. Es sei weiter zu bemerken und als ausschlagendes Merkmal festzuhalten, daß der Verunglückte vor dem Unfall sich eines beneidenswerten Gesundheitszustandes erfreut habe. Die Nervenkrankheit sei eine Folge des Sturzes, das stehe nach den attemmäßigen Unterlagen, als auch nach dem Gutachten des Spezialarztes für Nervenkrankheiten unumstößlich fest.

Wieder gingen einige Wochen ins Land. Die Frucht neigte sich bereits wieder zur Reife. Josef Würzbacher war immer noch über seine Ansprüche im Unklaren. Da endlich wieder ein Zeichen, daß der Prozeß seinen Fortgang nahm. Der Verletzte wurde aufgefordert, sich unverzüglich in die Irrenklinik der nahen Universitätsstadt zwecks Beobachtung zu begeben. Mitten in der Erntearbeit wurde Josef aus seinem Betriebe herausgerissen. Wenn er auch selbst nicht viel helfen konnte, so war seine Anwesenheit auf seinem Grundstück dennoch aus verschiedenen Gründen erforderlich. Anfangs wollte der Verletzte der Einweisung nicht Folge leisten. Auf eine briefliche Anfrage beim Arbeitersekretär wurde ihm aber bedeutet, der Anordnung des Landesversicherungsamts Folge zu leisten, andernfalls er damit rechnen müsse, daß die ganze Rente zur Einstellung komme. Wohl oder übel machte sich deshalb Josef Würzbacher

auf dem Wege zur Universitätsstadt. Es war nur eine vierzehntägige Beobachtung erforderlich, wenigstens wurde er nach dieser Zeit wieder in seine Heimat entlassen.

Der Tag des Unfalles hatte sich bereits geföhrt. Josefs Prozeß harrete noch immer seiner endgültigen Erledigung. Im September endlich wurde seitens des Refursgerichts das Erscheinen der Parteien zum Termine angeordnet. Dem Gericht lagen außer den bereits erwähnten Unterlagen das neue Gutachten der Universitätsklinik vor. Dasselbe war im günstigen Sinne für den Verletzten ausgefallen. Es lehnte sich eng an das Gutachten des schiedsgerichtlichen Vertrauensgutachtens an. Nach Lage der Sache mußte deshalb der Refurs der Berufsgenossenschaft zurückgewiesen werden. Es blieb somit bei der Rente von 70 %.

Nach einem Jahr zwei Monaten — das Urteil des Landesversicherungsamts wurde im Oktober zugestellt — hatte Josef Würzbacher nun endlich Ruhe. Endlich gelangte er auch in den Besitz der seit dem Beginn der 14. Woche vom Unfalltage bis zur Schiedsgerichtsentcheidung rückständigen Rente. Das war ein harter Kampf, dennoch wert, ausgekämpft zu werden. Viel hatte Josef Würzbacher verloren. Er war zum Krüppel geworden. Viel hatte er aber auch gelernt. Vor allem waren ihm die Augen geöffnet. Zum großen Teil war es Schall und Rauch, wenn von einer Hilfeleistung des Staates in Zeiten des Unglücks geredet wurde. Wer es nicht verstand, der Berufsgenossenschaft auf den Leib zu rücken, der ging seiner Schadenersatzansprüche leicht verlustig. Etwas anderes kam noch hinzu. Josef wußte nun auch, daß Sozialdemokraten ehrliche Menschen sind. In seinem Dorfe wurden sie seither als der Ausbund aller Schlechtigkeiten hingestellt. Bürgermeister und Pfarrer leisteten in der Berunglimpfung dieser Männer hervorragendes. Recht hatten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei seinerzeit gehandelt, als sie gegen das Unfallversicherungsgesetz gestimmt. Für ein solches lüdenhaftes Gesetz, dessen „Wohlthaten“ er jetzt am eigenen Leibe spürte, verdiente die Reichsregierung das schärfste Mißtrauen. Josef war sich klar, daß sein Freund, der „Steinhauersohn“, mit seiner politischen Anschauung auf dem rechten Wege war; er würde sich ihm im Aufklärungskampfe anschließen. Seine wenigen Kräfte, die ihm der Unfall übrig gelassen, würde er jetzt ebenfalls in den Dienst der guten Sache stellen. Mögen ihn deshalb die Dorfgewaltigen in Acht und Bann tun, seine neue Geistesrichtung stand ihm höher, als alle Ungnade der Dorfbewohner zusammen.

In seiner Unfallsache war er sich klar, daß der Kampf um die Rente nur im ersten Teile seinen Abschluß gefunden. Der Arbeitersekretär hatte ihm an der Hand gleichartiger Beispiele erklärt, daß in gewissen Beiträgen eine Kürzung der Rente vorgenommen würde, sobald sich einigermaßen eine Besserung seines Leidens nachweisen lasse. Daß die angebliche Besserung mit der Reduzierung der Rente nicht in Einklang zu bringen sein würde, darüber war er sich nach dem Erlebten klar. Weiter wurde ihm gesagt, daß im Falle seines Todes, sofern sich dieser durch die Unfallsfolgen nachweisen lasse, seine Frau und sein Kind je 20 % des Jahresarbeitsverdienstes erhalten würden. Das war dieselbe Rente, die bezahlt wurde, als er im Krankenhause lag, 20 Mark pro Monat. Für sein Kind würde dieser Betrag jedoch nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gewährt, von diesem Zeitpunkte an müsse sich die Witwe mit 20 % = 10 Mark allein begnügen. Das war eine trübe Zukunft. Soffentlich würde sich sein Zustand wieder bessern, so daß er wieder aus

eigener Kraft die Seinen ernähren könne. Lieber sich Tag und Nacht plagen, als auf die „Wohltat“ der vielgepriesenen Sozialgesetzgebung angewiesen zu sein.

Die Hoffnung Würzbachers hat sich leider nicht erfüllt. Im Frühjahr dieses Jahres, in Blütenduft, bei Lerchentriller trug man den erst 36-Jährigen hinaus, an den stillen Ort, an welchem all unser Leben einmal seinen Abschluß findet. Eine plötzliche Verschlimmerung des Leidens warf den ehemals rüstigen Mann wiederum aufs Krankenlager, von dem er nicht mehr aufstehen sollte. Die junge Witwe samt ihrem Kind sind es jetzt, die den erneuten Kampf um die Rente aufgenommen haben. Wie nicht anders zu erwarten, hat die Berufsgenossenschaft die Gewährung einer Hinterbliebenenrente abgelehnt, weil nach ihrer Ansicht der Tod mit dem Unfalle in keinerlei Zusammenhang steht.

Möge es gelingen, durch Entscheidung der vorgeschriebenen Instanzen das Gegenteil zu erreichen, damit die tiefgebeugte Frau einigermaßen Ersatz für den schweren Verlust hat. Ihren lieben Josef Würzbacher, den Vater ihres Kindes, wird ihr niemand wiedergeben; den hat der Kampf ums Dasein, der Kampf um die Rente hinweggerafft.



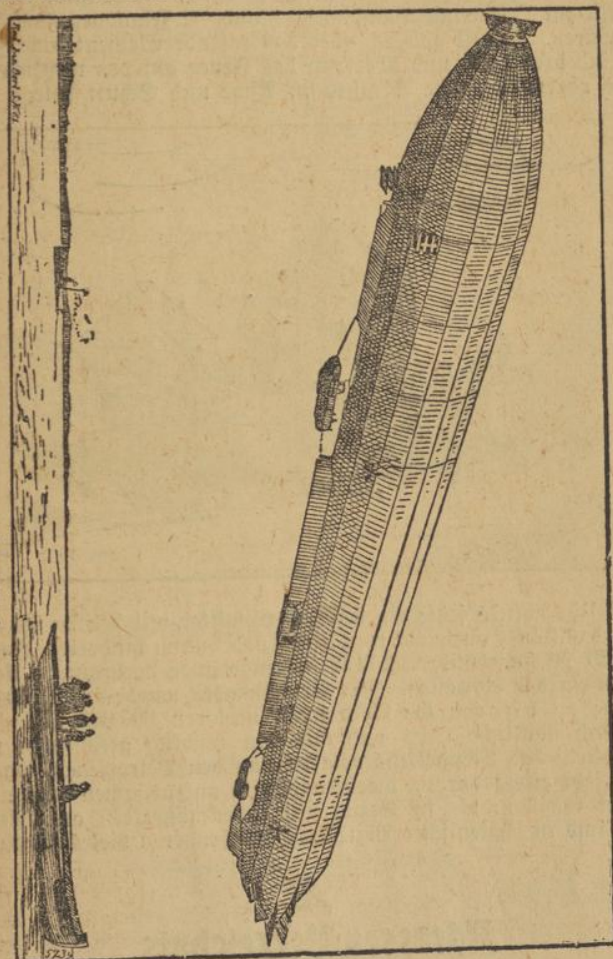
Zeppelin.

Wem dürfte dieser Name nicht bekannt sein? Groß und klein, alt und jung kennt diesen Mann dem Namen nach, dem es im Greisenalter vergönnt war, mit seinem lenkbaren Luftschiff die Lüfte wie ein Vogel zu durchsegeln.

Am 4. August, früh 7 Uhr, war es, als der greise Erfinder die in aller Stille vorbereitete große Fahrt nach Mainz von Mainzellaus antrat. Die Fahrt ging über den Bodensee nach Konstanz, Schopfheim, Basel und dann den Rhein entlang. Bis Oppenheim ging die Fahrt glatt von statten. Hier entstand aber ein Defekt an den Motoren, der nach kurzer Zeit behoben war. In Mainz traf Zeppelin um 11 Uhr nachts ein, machte sofort bei der Rheinbrücke Kehrt und fuhr über Mannheim-Ludwigshafen—Stuttgart zurück. Bei Echterdingen, südlich von Stuttgart, mußte der Graf Zeppelin mit seinem Luftschiff wegen eines Defekts abermals landen. Die Landung verlief sehr glücklich. Kurz nach 3 Uhr nachmittags wurde das Schiff aber von einem heftigen Gewittersturm überrascht, der es aus den Anfern rief und in die Höhe schleuderte. Der vordere Teil senkte sich und in diesem Moment erfolgte eine Explosion, die Flammen schlugen empor und in wenigen Sekunden war das stolze Werk vernichtet. Von der großartigen Erfindung blieb nur ein rauchender Trümmerhaufen zurück. Das war für den Erfinder ein schwerer Schlag. Unmittelbar vor dem Ziele seiner langjährigen und arbeitsreichen Bestrebungen, war ein solches Ereignis wohl geeignet, die Energien dieses Mannes zu brechen. Aber, unterstützt von dem Reiche und aus privaten Mitteln, war es ihm möglich, sofort sein Werk wieder in Angriff zu nehmen und nun ist Graf

Zeppelin mit seinen Arbeitern daran, neue Luftschiffe zu bauen. Hoffen wir, daß das von allen Bevölkerungsschichten bewunderte Werk des Grafen gut zu Ende geführt wird, aber nicht nur für den Militarismus, sondern zum Vorteil und Nutzen unserer Kultur.

Das Luftschiff über dem Rhein.



Die Brandkatastrophe in Donaueschingen.

Am gleichen Tage und um dieselbe Zeit, als das Luftschiff Zeppelins ein Opfer der elementaren Gewalt wurde, brach in unserem badischen Städtchen Donaueschingen ein furchtbarer Brand aus. In dem Restaurant zur „Schmiede“ entstand auf bis jetzt unaufgeklärte Weise

Feuer, das mit solcher rasenden Schnelligkeit um sich griff, daß daraus ein gefährliches Großfeuer wurde und auf die Mühlenstraße, Bierstraße und Karlstraße übergriff. Ein heftiger Ostwind begünstigte das Element noch und so kam es, daß in wenigen Stunden 30 Wohngebäude und eine große Anzahl Oekonomiegebäude dem Raub der Flammen zum Opfer gefallen waren. Damit gab sich aber das rasende Element nicht zufrieden. Der Wind drehte sich und übertrug das Feuer auf den westlichen Stadtteil, wo abermals ganze Straßen in Asche und Schutt gelegt wurden.



Gegen 8 Uhr abends setzte ein heftiges Gewitter mit starken Regengüssen ein, das das Feuer an seiner weiteren Ausdehnung hinderte. Im ganzen waren 121 Wohngebäude und 148 Nebengebäude verbrannt. Ueber 200 Familien wurden obdachlos. Der Brandschaden wurde auf 1 560 000 Mk. festgesetzt; anbarem Geld wurden verloren 300 000 Mk.

Durch staatliche Hilfe und aus den reichlich geflossenen privaten Gaben wurde das Elend einigermaßen von den Betroffenen abgemindert. Man ist jetzt eifrig daran, die Brandstätte aufzuräumen und neue Gebäude zu erstellen, die in Bezug auf Zweckmäßigkeit, architektonischen Schmuck und in hygienischer Beziehung den früheren vieles voraus haben dürften.



Adressen-Verzeichnis.

Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens, Mannheim, R. 3, 14.
Vorstandender: Anton Geiß, Sekretär: H. Schäfer.

Bezirkssekretariate:

Oberbaden: 1.—6. Kreis: Sekretär Wilhelm Engler, Freiburg, Wenzingerstraße 36.

Mittelbaden: 7.—10. Kreis: Sekretär Oskar Trinks, Karlsruhe, Weihenstraße 18.

Unterraden: 12., 13. und 14. Kreis: Sekretär Emil Maier, Heidelberg,
Neuegasse 5. Telefon Nr. 1334.
Sekretariat der Soziald. Partei für den 11. bad. Reichstags-
wahlkreis: Parteisekretär H. Schäfer, Mannheim R. 3, 14 II,
Telephon Nr. 1974.

Vorsitzende der Soziald. Reichstagswahlkreisvereine:

1. Kreis: Gustav Melber, Radolfzell.
2. " Wilhelm Grahl, Triberg.
3. " Adolf Müller, Schopfheim.
4. " Georg Marquardt, Schreinermeister, Lörrach, Rainstr. 13.
5. " L. Riedmiller, Freiburg, Alarastraße 56.
6. " H. Erb, Lahr, Moltkestraße 9.
7. " Peter Haberer, Offenburg, Gerberstraße 3.
8. " Philipp Markloff, Baden-Baden, Markturstraße 6.
9. " Chr. Horst, Durlach.
10. " Eugen Ged, Karlsruhe, Luifenstraße 24.
11. " Dr. Ludwig Frank, Mannheim, B. 1, 11.
12. " Adam Schubach, Heidelberg, Bergheimerstraße 102.
13. " Joseph Munding, Bretten, Bahnhofstraße.
14. " Jakob Ganjer, Sennfeld bei Adelsheim.

Arbeitersekretariate:

Mannheim, Gewerkschaftshaus, Arbeitersekretär Richard Wöttger.
Karlsruhe, Kurbenstraße 19, Arbeitersekretär Albert Willi.
Pforzheim, Ostl. Karl-Friedrichstraße 37, Arbeitersekretär Fritz Jaß.
Freiburg, Moltkestraße 301, Arbeitersekretär C. Damm.
Heidelberg, Neuegasse, Arbeitersekretär ? ? ? ? ?

Beachtenswerte Adressen

einer Anzahl sozialpolitischer Anstalten und Behörden, mit welchen sich
Arbeiter häufiger zur Wahrung ihrer Interessen in Verbindung zu
setzen haben:

Badische Fabrikinspektion:

Karlsruhe, Leopoldstraße 7. Sprechstunde während der städtischen Bureau-
stunden.

Berufsgenossenschaften:

Steinbruchberufsgenossenschaft Sekt. II in Karlsruhe, Waldstr. 44.
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik Sekt. VIII in Karlsruhe, Leopoldstr. 45.
Südd. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Sekt. IV in
Mannheim, Luifenring 15.
Südd. Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft Sekt.
III in Pforzheim, Zerrrennerstraße 1.
Töpferei-Berufsgenossenschaft Sekt. VIII in Freiburg i. Br.
Berufsgenossenschaft der chem. Industrie Sekt. VI in Mannheim, Luifen-
ring 15.

- Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke Sekt. VIII in Karlsruhe, Kaiserallee.
Südd. Textil-Berufsgenossenschaft Sekt. IV in Freiburg i. Br., Glümerstraße 17.
Seiden-Berufsgenossenschaft Sekt. II in Freiburg i. Br., Glümerstraße 17.
Papiermacher-Berufsgenossenschaft Sekt. III in Freiburg i. Br., Glümerstraße 17.
Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft Sekt. VII in Lahr.
Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft Sekt. II in Karlsruhe, Gartenstraße 39.
Müllerei-Berufsgenossenschaft Sekt. XII in Mannheim, Luisenring 15.
Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft Sekt. II in Karlsruhe, Leopoldstraße 45.
Berufsgenossenschaft der Schornsteinfeger Sekt. XII in Freiburg i. Br., Egonstraße 13.
Südwestl. Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sekt. I in Mannheim, Luisenring 15, Sekt. II in Karlsruhe, Leopoldstraße 45, Sekt. III in Freiburg i. Br., Franziskanerstraße 3.
Lager-Berufsgenossenschaft Sekt. VII in Mannheim.
Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft Sekt. XXXII in Mannheim U 1, 23.
Westdeutsche Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft Sekt. I in Mannheim, F 8, 3.
Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Karlsruhe, Kriegstraße 47b.

Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung:

- Karlsruhe, nördl. Bildapromenade 1.
Mannheim, Rupprechtstraße 2, II.
Freiburg, verlängerte Kaiserstraße.
Konstanz.

Das Schiedsgericht für den Betrieb der Bad. Staatseisenbahnen und Salinen befindet sich in Karlsruhe, Erbprinzenstraße 15.

Landesversicherungsanstalt Baden:

Karlsruhe, Kaiserallee 8.

Landesversicherungsamt:

Karlsruhe, Schloßplatz 19.



Trächtigkeits- und Brüte-Kalender.

Die mittlere Trächtigkeitsperiode beträgt bei Pferde stuten 48½ Wochen oder 330 Tage (äußerste Grenze: 330 und 419 Tage); Eselstuten gewöhnlich etwas mehr als bei Pferde stuten; Kühen 40½ Wochen oder 285 Tage (äußerste Grenze: 240 und 321 Tage); Schafen und Ziegen fast 22 Wochen oder 154 Tage (äußerste Grenze: 146 und 158 Tage); Säuen über 17 Wochen oder 120 Tage (äußerste Grenze: 109 und 133 Tage); Hündinnen 9 Wochen oder 63—65 Tage; Hasen 8 Wochen oder 56—60 Tage; Hühner brüten 19—24, in der Regel 21 Tage; Truthühner (Puten) 26—29 Tage; Gänse 28—33 Tage; Enten 28—32 Tage; Tauben 18—19 Tage.

Ende der Tragzeit bei					Ende der Tragzeit bei				
Anfang	Datum				Anfang	Datum			
	Pferden 340 Tage	Kühen 285 Tage	Schafen u. Ziegen 154 Tage	Schweinen 120 Tage		Pferden 340 Tage	Kühen 285 Tage	Schafen u. Ziegen 154 Tage	Schweine 120 Tage
1. Jan.	6. Dez.	12. Okt.	4. Juni	30. April	5. Juli	9. Juni	15. April	5. Dez.	1. Nov.
6. "	11. "	17. "	8. "	5. Mai	10. "	14. "	20. "	10. "	6. "
11. "	16. "	22. "	13. "	10. "	15. "	19. "	25. "	15. "	11. "
16. "	21. "	27. "	18. "	15. "	20. "	24. "	30. "	20. "	16. "
21. "	26. "	1. Nov.	23. "	20. "	25. "	29. "	5. Mai	25. "	21. "
26. "	31. "	6. "	28. "	25. "	30. "	4. Juli	10. "	30. "	26. "
31. "	5. Jan.	11. "	3. Juli	30. "	4. Aug.	9. "	15. "	4. Jan.	1. Dez.
5. Febr.	10. "	16. "	8. "	4. Juni	9. "	14. "	20. "	9. "	6. "
10. "	15. "	21. "	13. "	9. "	14. "	19. "	25. "	14. "	11. "
15. "	20. "	26. "	18. "	14. "	19. "	24. "	30. "	19. "	16. "
20. "	25. "	1. Dez.	23. "	19. "	24. "	29. "	4. Juni	24. "	21. "
25. "	30. "	6. "	28. "	24. "	9. "	3. Aug.	9. "	29. "	26. "
2. März	4. Febr.	11. "	2. Aug.	29. "	9. "	8. "	14. "	3. Febr.	31. "
7. "	9. "	16. "	7. "	4. Juli	3. Sept.	8. "	14. "	8. "	5. Jan.
12. "	14. "	21. "	12. "	9. "	8. "	13. "	19. "	8. "	10. "
17. "	19. "	26. "	17. "	14. "	13. "	18. "	24. "	13. "	15. "
22. "	24. "	31. "	22. "	19. "	18. "	23. "	29. "	18. "	20. "
28. "	1. März	5. Jan.	27. "	24. "	23. "	28. "	4. Juli	23. "	25. "
1. April	6. "	10. "	1. Sept.	29. "	28. "	2. Sept.	9. "	28. "	30. "
6. "	11. "	15. "	6. "	3. Aug.	3. Okt.	7. "	13. "	5. März	35. "
11. "	16. "	20. "	11. "	8. "	8. "	12. "	18. "	10. "	4. Febr.
16. "	21. "	25. "	16. "	13. "	13. "	17. "	23. "	15. "	9. "
21. "	26. "	30. "	21. "	18. "	18. "	22. "	28. "	20. "	14. "
26. "	31. "	4. Febr.	26. "	23. "	23. "	27. "	3. Aug.	25. "	19. "
1. Mai	5. April	9. "	1. Okt.	28. "	28. "	2. Okt.	8. "	30. "	24. "
6. "	10. "	14. "	6. "	2. Sept.	2. Nov.	7. "	13. "	4. April	1. März
11. "	15. "	19. "	11. "	7. "	7. "	12. "	18. "	9. "	6. "
16. "	20. "	24. "	16. "	12. "	12. "	17. "	23. "	14. "	11. "
21. "	25. "	1. März	21. "	17. "	17. "	22. "	28. "	19. "	16. "
26. "	30. "	6. "	26. "	22. "	22. "	27. "	2. Sept.	24. "	21. "
31. "	5. Mai	11. "	31. "	27. "	27. "	1. Nov.	7. "	29. "	26. "
5. Juni	10. "	16. "	5. Nov.	2. Okt.	2. Dez.	6. "	12. "	4. Mai	31. "
10. "	15. "	21. "	10. "	7. "	7. "	11. "	17. "	9. "	5. April
15. "	20. "	26. "	15. "	12. "	12. "	16. "	22. "	14. "	10. "
20. "	25. "	31. "	20. "	17. "	17. "	21. "	27. "	19. "	15. "
25. "	30. "	5. April	25. "	22. "	22. "	26. "	2. Okt.	24. "	20. "
30. "	4. Juni	10. "	30. "	27. "	27. "	1. Dez.	7. "	29. "	25. "
10. "					31. "	5. "	12. "	2. Juni	29. "

Brünstigkeit.

Tiergattung	Dauer der Brünstigkeit	Wiederkehr der Brünstigkeit	
		bei Nichtbefruchtung	nach dem Werfen
Pferde	24—36 Stunden	nach 8—10 Tagen	nach 14 Tagen
Kuh	24—36 "	" 21—28 "	" 28 "
Schaf	24—36 "	" 14—21 "	" 185 "
Schwein	24—36 "	" 21—28 "	" 5—6 Wochen

Angemessene Saugzeit bei Aufzucht. Für Ferkel 7—8 Wochen, Ziegen 8 Wochen, Kälber 10—12 Wochen, Pferde-söhne 15—18 Wochen, Esel 16 Wochen, Lämmer 16—18 Wochen.

Sozialdemokratische Presse in Baden.

Volksfreund • **Karlsruhe**

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und gesetzlichen Feiertage.

Bezugspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2,25. In der Expedition und den Ablagen abgeholt monatlich 65 Pf. Bei der Post bei erst und dort abgeholt 2,25; durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2,67 vierteljährlich.

Inserate: Die einpaltige kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf., Total-Inserate billiger.

Adresse: Redaktion und Expedition Luisenstraße 24, Telefon Nr. 128, Postzeitungsliste Nr. 8144.

Sprechstunden der Redaktion 12—1 Uhr mittags, Redaktionsklub halb 10 Uhr vormittags.

Verbreitungsbezirk: 1. bis 10. und teilweise 13. Reichstagswahlkreis.

Volksstimme • **Mannheim**

Erscheint wöchentlich 7mal. Samstags zwei Ausgaben mit der Unterhaltungs-Beilage.

Bezugspreis: In der Expedition und bei den Filialen abgeholt pro Monat 60 Pf., ins Haus gebracht pro Monat 75 Pf. Bei allen Postanstalten im deutschen Reichspostgebiet vierteljährlich M. 1,80, Einzelnummer 5 Pf.

Inserate: Die einpaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., für auswärts 25 Pf., für Wohnungsanzeigen, Stellenangebote und Gesuche pro Zeile 12 Pf. Geheimmittel-Annoncen finden keine Aufnahme.

Adresse: Redaktion R 3, 14, Telefon 854, Sprechstunde nur von 12—1 Uhr. — Expedition und

Inseraten-Annahme R 3, 14, Telefon 2343.

Verbreitungsbezirk: 11., 12., 14. und teilweise 13. Reichstagswahlkreis.

Pforzheimer Freie Presse

Organ für die arbeitende Bevölkerung.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und gesetzlichen Feiertage.

Bezugspreis: Frei ins Haus geliefert monatlich 70 Pf., in der Expedition abgeholt 60 Pf.; bei Bezug durch die Post erhöht sich der Preis um die Zustellgebühren.

Inserate: Die lediggehaltene Petitzeile oder deren Raum 12 Pf., für auswärts 20 Pf., Reklamezeile 40 Pf., bei Wiederholungen Rabatt. — Inserate müssen spätestens am Abend vor dem jeweiligen Erscheinen aufgegeben werden.

Adresse: Expedition und Redaktion Dörfliche Karl Friedrichstraße 37, 1. Stod. Telefon 178.

Verbreitungsbezirk: 9. Reichstagswahlkreis.

Arbeiter-Zeitung für Lörrach-Stadt u. Land.

Organ für die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes.

Erscheint jeden Mittwoch u. Samstag.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsratteil des 4. badischen Reichstagswahlkreises.

Bezugspreis: Bei freier Zustellung ins Haus durch Austräger vierteljährlich 1 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 M. Inserate: 10 Pf. die einpaltige Petitzeile oder deren Raum.

Adresse: Arbeiter-Zeitung Lörrach.

Verbreitungsbezirk: 4. und angrenzende Orte des 3. Reichstagswahlkreises.

Volksblatt

Offenburg

Volksblatt für das arbeitende Volk in Stadt und Land.

Herausgegeben von der sozialdemokratischen Partei des 6. und 7. bad. Reichstagswahlkreises.

Erscheint jeden Samstag.

Bezugspreis: Von den Austrägern bezogen frei ins Haus vierteljährlich 80 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 72 Pf., monatlich 24 Pf. Einzelnummern 5 Pf.

Inserate: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.

Adresse: Volksblatt Offenburg, Gerberstr. 3. Verbreitungsbezirk: 6. und 7. Reichstagswahlkreis.

In jedem Hause sei wenigstens ein Exemplar von diesen Blättern.

A 743/58
- 50

28 02531 2 031

